

2015-11-26

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 28.10.2015

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 21:02 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert - entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas - entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, eröffnete die 11. Sitzung des Stadtrates mit gedenkenden Worten an dem verstorbenen Herrn Karl Gröger:

„Mit großer Betroffenheit mussten wir die Nachricht vernehmen, dass Herr Bürgermeister a. D. Karl Gröger am 20. Oktober 2015 plötzlich verstorben ist. Die Stadt Dessau-Roßlau verliert mit Karl Gröger einen außerordentlich engagierten Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachmann, der sowohl in Roßlau (1990 bis 1994) als auch in Dessau (1995 bis 2008) seine Handschrift als Baudezernent für alle sichtbar hinterlassen hat. Für eine Interimszeit amtierte er bis zur Fusion der beiden Städte 2007 als Dessauer Oberbürgermeister. In Roßlau ist er als Wegbereiter und Gestalter des Europadorfes in Meinsdorf unvergessen. In Dessau hat er maßgeblich die Modernisierung der Infrastruktur vorangetrieben. Die Umnutzung der Garnison Kochstedt zum Wohnbaustandort Waldsiedlung ist ebenso sein Verdienst wie der Neubau oder die Modernisierung der Anhalt-Arena, des Berufsschulzentrums, des Städtisches Klinikums u. v. a. m. Besonders am Herzen lag ihm der Stadtumbau. Das Projekt der Internationalen Bauausstellung in Dessau wurde ganz wesentlich durch ihn geprägt. 2014 wurde ihm für seine Verdienste um die Stadt Dessau-Roßlau die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt verliehen. Die Stadt Dessau-Roßlau nimmt in tiefer Trauer Abschied von Karl Gröger, der sich stets mit seiner ganzen Persönlichkeit zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt

hat. Wir werden den Verstorbenen in bleibender Erinnerung behalten. Seiner Ehefrau und seiner Familie gilt unsere Anteilnahme.“

In Gedenken an den Verstorbenen erhoben sich die im Raum Anwesenden.

Im Anschluss stellte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit 40 anwesenden Mitgliedern fest.

2 Verpflichtungserklärung des Stadtrates Dirk Hofmeister

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, nahm Herrn Dirk Hofmeister folgende Verpflichtungserklärung ab: „Ich verpflichte mich, meine Amtspflichten als Ratsmitglied nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.“

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, merkte an, dass auf Antrag des Dezernates für Wirtschaft und Stadtentwicklung die Tagesordnungspunkte 11.6 und 11.7 in der Reihenfolge der Behandlung getauscht werden. Des Weiteren verwies er auf eine von der CDU-Fraktion kurzfristig eingereichte Beschlussvorlage und bat den Fraktionsvorsitzenden Herrn Kolze um eine Begründung.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, erklärte, dass seit längerer Zeit nach einer Finanzierungsmöglichkeit für einen Ersatzneubau einer Zweifeldturnhalle für das Walter-Gropius-Gymnasium gesucht wird. Über ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Bau und Reaktorsicherheit besteht nun die Möglichkeit einer 90 %igen Förderung der Bausumme. Das Problem ist, dass die Stadt bis zum 13.11.2015 einen entsprechenden Förderungsantrag stellen muss. Aus diesem Grund bat er die anwesenden Stadträte um Zustimmung zur Erweiterung der Tagesordnung, was jedoch nur möglich ist, wenn kein Stadtrat widerspricht. Sollte es Bedenken geben, würde er den Oberbürgermeister bitten, eine kurzfristige Sondersitzung des Stadtrates gemäß § 53 KVG so einzuberufen, damit die Frist zur Beantragung der Fördermittel eingehalten werden kann. Herr Kolze bat Herrn Oberbürgermeister Kuras darum, aus seiner Sicht zu erläutern, ob ein gemeinsamer Beschluss möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass die Stadtverwaltung zu diesem Antrag steht. Eine Garantie gibt auf Erfolg gibt es bei solchen Anträgen aber nicht. Es ist jedoch eine unverhoffte Möglichkeit, dieses wichtige Bauvorhaben realisieren zu

können. Die Stadt wird sich um die Einhaltung der Frist bemühen und den Antrag stellen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ging auf den Antrag von Herrn Kolze ein und merkte an, dass es einer ordentlichen Vorlage bedarf. Es wurde eine Basis benötigt, auf der die Beschlussfassung vorgenommen wird. Seitens der Fraktion Die Linke wird diese Aufgabe als sehr sinnvoll betrachtet, da es auch um die Aufwertung des Quartieres insgesamt geht. Die Räumlichkeiten des Gymnasiums reichen nicht aus. Es geht nicht nur um die Erweiterung der Sporthalle, sondern auch um die Erweiterung eines Kurshauses, weshalb er das Anliegen unterstützt.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erklärte, dass es sich hier um kein neues Thema handelt. In den Beratungen zur Haushaltsplanung 2015 stand das bereits auf der Tagesordnung und wurde fraktionsübergreifend als dringend notwendig eingestuft. Aus diesem Grund appellierte sie an die Stadträte, diese dringende Maßnahme möglich zu machen, da Handlungsbedarf besteht.

Herr Ehm stellte den Antrag, die Beschlussvorlage als Tagesordnungspunkt 11.11 im öffentlichen Teil auf die Tagesordnung zu nehmen, zur Abstimmung.

Dem Antrag wurde mehrheitlich **zugestimmt**(46:00:01).

Herr Schönemann stellte für die **Fraktion Die Linke** den Antrag, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 8 bis 10 zu ändern. Die Abläufe sollen nach der Nummerierung der Beschlussvorlagen vorgenommen werden. Das würde bedeuten, dass unter dem Tagesordnungspunkt 8 der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales und Bildung (Beschluss-Nr. 306) zur Wahl steht. Der Tagesordnungspunkt 9 wäre dann die Wahl des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt (Beschlussnummer 307) und der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur würde unter dem Tagesordnungspunkt 10, (Beschlussnummer 308) gewählt. Bei zeitgleicher Einreichung von Beschlussvorschlägen ist nach Ausgabe der entsprechenden Beschlussnummern, welche mittels eines Formulargenerators verteilt werden, die Tagesordnung auf den Weg zu bringen.

In der eigentlichen Abfolge der Abgänge der Dezernenten wäre der Sozialdezernent bereits im Mai zu wählen gewesen. Die Fraktion Die Linke hatte damals im Einvernehmen eines Neuanfanges zugestimmt, dass einheitlich mit den Übergängen generell zu tun und sind somit vertrauensbildend auf die Fraktionen zugegangen. Daran hat sich nichts geändert. Auch dieser Aspekt sollte mit in die Argumentation eingebunden werden. Es könnte natürlich auch zu Irritationen führen, jedoch besteht nicht die Absicht, an den bisherigen Vorgehensweisen eine Änderung vorzunehmen. Es ist nur angebracht, entsprechend der sachlichen Abläufe so zu verfahren. Die Fraktion Die Linke hat eine klare Position zu den einzelnen Kandidaten bezogen, was sich auch in der heutigen Wahl abzeichnen wird.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass diese Diskussion bereits im Haupt- und Personalausschuss geführt wurde und die Verwaltung die Anordnung nach der numerischen Reihenfolge der Dezernate gewählt hat. Seitens der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses wurde diese Begründung akzeptiert.

Vor dem Hintergrund, dass zuerst der Sozialdezernent ausgeschieden ist und erst später der Wirtschaftsdezernent ausscheidet, sprach sich **Frau Müller, SPD-Fraktion**, für den Antrag von Herrn Schönemann aus.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, widersprach der Aussage von Herrn Ehm und merkte an, dass das Thema nur angerissen wurde. Es gab eine Erklärung der Verwaltung für die Reihenfolge, aber keine abschließende Behandlung. Aus diesem Grund hat er diese Option heute wahrgenommen.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, ließ über den Antrag abstimmen, dass die Tagesordnungspunkte in der von Herrn Schönemann vorgeschlagenen Reihenfolge der Beschlussvorlagen behandelt werden. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt (28:14:06).

Herr Hernig, AfD-Fraktion, beantragte, Frau Bärbel Schärff zur Wahl der/des Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur als weitere Bewerberin zur Vorstellung und Wahl zuzulassen.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, dass eine Abstimmung über den Antrag bei der Behandlung entsprechenden Tagesordnungspunktes erfolgt.

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form einstimmig beschlossen (48:00:00).

Abstimmungsergebnis

4 Genehmigung der Niederschrift vom 23.09.2015

Frau Müller, SPD-Fraktion, bat darum, in der Niederschrift zu dokumentieren, ob ein Stadtrat entschuldigt oder unentschuldigt in der Sitzung gefehlt hat.

Die Niederschrift wurde genehmigt (40:00:08).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete über folgende Ereignisse:

Wirtschaft

Vom 05. bis 06.10.2015 hatte die Stadt einen Stand auf der **EXPOREAL**, eine der größten Immobilienmessen in Europa. Es wurde über verschiedene Möglichkeiten von Wohnungs- und Gewerbebau in der Stadt Dessau-Roßlau berichtet. Das Land Sachsen-Anhalt hatte keinen eigenen Stand, jedoch konnte die Stadt bei dem großen Gemeinschaftsstand der europäischen Metropolregionen, gemeinsam mit den Städten Halle, Leipzig und Jena, unterkommen. Es gab viele zielträchtige Gespräche, welche jetzt aufgearbeitet werden. Er bedankte sich in diesem Zusammenhang bei den Kolleginnen der Wirtschaftsförderung, die den Stand betreut haben.

In diesem Zusammenhang merkte Herr Oberbürgermeister Kuras an, dass es für die **Stelle der Gründungsbegleitung** (vormals ego.Pilotin) wieder Fördermittel des Landes gibt und die Stelle damit voraussichtlich im November/Dezember neu besetzt werden kann.

Am 19.10.2015 hat der Oberbürgermeister den Vorsitz der Gesellschafterversammlung der **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg** übernommen. Er verspricht sich dadurch, aktiv etwas zur wirtschaftlichen Belebung beitragen zu können. Im Gegenzug wird er den Vorsitz der regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg niederlegen. Er bleibt jedoch weiterhin Mitglied.

Flüchtlingssituation/Asyl

Die Situation ist für die Stadt nach wie vor beherrschbar. Die Aufnahmezahl hat sich auf ca. 1200 aufzunehmende Personen für 2015 erhöht. Die temporäre Gemeinschaftsunterkunft in Roßlau muss bisher noch nicht in Betrieb genommen werden, was wahrscheinlich im November geschieht, um dort unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterzubringen. Diese benötigen einen besonderen Betreuungsbedarf. Er hofft, dass sich damit die Stimmung um die Unterkunft wieder etwas beruhigen wird und bedankte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern, für die Spenden und vielen Hilfsangebote, welche uns täglich erreichen. Den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die hoch motiviert und engagiert an der Bewältigung der Aufgabe arbeiten, sprach er ebenfalls seinen Dank aus. Ein ganz besonderer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Amt für Soziales und Integration, der Ausländerbehörde sowie allen Unterstützungskräften, die freitags die Aufnahme, teilweise bis spät in die Nacht, bewerkstelligen.

Sport

Im sportlichen Bereich gab es einige Höhepunkte, die überregionale Wirkung hatten. Deutschlands Top-Athleten im Turnen traten am 10. Oktober 2015 in der Anhalt Arena zu einem echten Härtetest für die Turn-Weltmeisterschaften an. Alle deutschen Top-Athleten sowie 1.400 Zuschauer waren anwesend. Über den Länderkampf wurde am Abend in der ARD-Sportschau und im MDR umfassend berichtet.

Kinderförderungsgesetz

Am 20.10.2015 wurde vom Landesverfassungsgericht das Urteil zur Klage von über 60 Gemeinden in Sachsen-Anhalt zum Kinderförderungsgesetz gesprochen. Die Klage hatte nur teilweise Erfolg. Der § 12 b wurde von den Verfassungsrichtern noch einmal zur Nachbesserung gestellt. Hier geht es insbesondere um finanzielle Erstattungen des Landes an die Kommunen. Mit diesem Paragraphen wurden zwei Krite-

rien eingeführt, die einen umfassenden und kostenträchtigen Aufwand nach sich ziehen.

Kultur

- **90 Jahre Anhaltische Goethe Gesellschaft** am 02.10.2015, die Festveranstaltung fand im Anhaltischen Theater Dessau statt.
- **25. Jahrestag der Wiedergründung des Vereins für Anhaltische Landeskunde** am 09.10.2015. Bei der Feierstunde in der Schlosskapelle Köthen wurde Herr Dr. Kreißler für sein ehrenamtliches Engagement vom Verein geehrt.
- Am 13. Oktober 2015 wurde die Ausstellung: **Heimat im Krieg 1914/18 - Spurensuche in Sachsen-Anhalt**“ in der Orangerie des Georgengartens eröffnet.
Die Wanderausstellung zeigt im Museum für Stadtgeschichte Dessau bislang weitgehend unveröffentlichtes zeitgenössisches Bildmaterial. Die Ausstellung ist bis zum 3. Januar 2016 geöffnet. Die **Cranach-Ausstellung** im Johannbau endet am 01.11. 2015.
- Ein Höhepunkt war die Nachricht, dass ausgewählte **Schriften Martin Luthers** in die Liste des Weltdokumentenerbes der UNESCO „Memory of the World“ aufgenommen wurden – darunter das Original der studentischen Mitschrift einer Vorlesung Martin Luthers aus der Wissenschaftlichen Bibliothek.

Masterplan Bauhausstadt

Eine ausführliche Information wurde zu Beginn der Sitzung verteilt. Zum 100jährigen Geburtstag des Bauhauses im Jahre 2019 hatte der Stadtrat in Vorbereitung auf das Jubiläum am 11. Juli 2012 einen Beschluss „Masterplan Bauhausstadt“ beschlossen. Der Masterplan enthält zahlreiche Maßnahmen dazu, wie sich die Stadt Dessau-Roßlau auf dieses Jubiläum vorbereitet. Die Maßnahmen gliedern sich in kulturelle Maßnahmen, touristische Maßnahmen, Bildungsmaßnahmen und Investitionen. Ferner beschreibt der Masterplan Wege zur Zielerreichung. Die Stadt hat bereits einige Anstrengungen unternommen, um sich auf das Jubiläum vorzubereiten. Einige Ziele des Masterplans sind bereits umgesetzt, z. B. die Übertragung der Meisterhäuser und die Anmeldung der Markenrechte. Weitere Ziele befinden sich in der Umsetzung, z. B. der Bau des Bauhausmuseums, der Aufbau eines touristischen Informations- und Leitsystems und die Arrondierung der Laubenganghäuser. Nach einem Direktorenwechsel am Bauhaus und einem Wechsel an der Spitze im Rathaus sowie nach Abschluss des Wettbewerbs für das neue Bauhausmuseum soll jetzt konzentriert das gemeinsame „Drehbuch“ zwischen Stiftung Bauhaus Dessau und Stadt Dessau-Roßlau entstehen. Diese Kooperationsvereinbarung soll Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung des Jubiläums verbindlich verabreden. Er bedanke sich bei Herrn Stadtrat Schönemann für seine Anregung und Erinnerung, das Thema jetzt auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Zeitpunkt dafür ist sehr gelegen, da derzeit der Haushaltsplan für das Jahr 2016 und die Folgejahre bis 2019 erarbeitet wird. Ziel sollte es sein, dass die Maßnahmen im Produktblatt „Masterplan Bauhausstadt“ verbindlich abgebildet werden und touristische Maßnahmen in den Aufgabenkatalog der Stadtmarketinggesellschaft eingetragen werden. Für die weitere Bearbeitung ist eine detailliertere Besprechung in den Ausschüssen vorgesehen, welche das Kulturrat begleiten wird. Frau Bürgermeisterin Nußbeck hat Anfang November einen Termin mit dem Vorstand der Stiftung Bauhaus zum Thema verabredet, es gibt also intensive Kontakte. So kann eine erste Rückkopplung aus den Gesprächen mit der Stiftung

Bauhaus Dessau zum „Drehbuch“ bereits in den Beratungen der Ausschüsse eingebracht werden. Insbesondere können die Stadträte zu den Maßnahmen des Masterplans eine Übersicht über die Vorhaben der Stiftung erhalten. Die Beratung findet im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport am 12.11.2015, im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 24.11.2015 und im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 26. November 2015 statt. Herr Oberbürgermeister Kuras hofft, dass die Maßnahmen dort rege diskutiert werden. Anregungen und Ergänzungen sind willkommen, müssen aber im Haushalt dargestellt werden. Erste Ergebnisse der Beratungen in den Ausschüssen zum Masterplan Bauhausstadt wird er in der nächsten Sitzung des Stadtrates am 09.12.2015 darlegen. Mit der Bündelung der Ergebnisse ist neben den zahlreich mitwirkenden Fachämtern das Kulturamt beauftragt. Nach der Entscheidung zur Leitung des Kulturamtes wird in nächster Zeit die nun verfügbare Stelle besetzt, die durch die Vakanz blockiert war. Ziel sollte es sein, das „Drehbuch“ in die Gremien der Stiftung Bauhaus und im Stadtrat im Frühjahr zur Beschlussfassung einzubringen. Eine Einbringung in den Stiftungsrat ist wichtig, damit eine gewisse Verbindlichkeit mit den Vertretern des Bundes und des Landes abgestimmt werden kann. Die Stadt wird nicht in der Lage sein, alle Maßnahmen aus städtischen Mitteln zu finanzieren, hier sind Bund und Land in der Mitverantwortung. Unabhängig davon ist es vor allem auch die Aufgabe der Stadt, sich mit seinen eigenen Einrichtungen in dieses Jubiläum einzubringen. Eine wichtige Ergänzung zum Bauhausmuseum ist die Eröffnung der Galerie Alter Meister im Schloss Georgium im Jahr 2019. Diese Maßnahme ist trotz der Bundesförderung noch nicht vollständig ausfinanziert. Die Stadt bemüht sich um weitere Finanzierungsquellen zu finden. In diesem Zusammenhang bat er auch um entsprechende Unterstützung seitens der Politik. Vom Land erhalten wir bislang nicht erfreuliche Signale. Auch die Neuausrichtung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in der Kavalierstraße hält er für eine wichtige Reaktion der Stadt auf das Bauhausmuseum, da man jetzt mit einem Marktführer in Konkurrenz tritt, was von Seiten der Stadt bestimmte Erfordernisse nach sich ziehen wird.

Noch unberücksichtigt sind die Fragen des Stadtnamens und der Vorschlag von Herrn Schönemann zur Unterstützung der Feier, ein international besetztes Kuratorium einzurichten.

Vor zwei Tagen hat Herr Oberbürgermeister Kuras in der Kuratoriumssitzung der Stiftung Bauhaus dieses Thema angesprochen, worauf es unterschiedliche Reaktionen gab. Der Bund will die Anzahl solcher Gremien nicht erhöhen, jedoch ist es kein Arbeitsgremium, sondern eine Werbung für unsere Stadt. Es sollte auch der Schwung des Architekturwettbewerbes genutzt werden. Die Stiftung war hinsichtlich des Vorschlages unentschlossen. Unterstützung gab es vom Kultusminister. Der Freistaat Thüringen hat den ehemaligen Bundesbauminister und ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Leipzig als Botschafter für das Bauhaus-Jubiläum berufen. Das fand im Bauhausarchiv in Berlin nicht ungeteilte Zustimmung, da man sich bei der Begehung des Jubiläums als Gemeinschaft sieht. Er merkte jedoch an, dass man wenigstens touristisch in einer Konkurrenzsituation steht. Hinsichtlich der Besetzung des Gremiums gibt es bereits verschiedene Vorschläge seitens der Stadt.

Für die bevorstehende Wahl der drei neuen Beigeordneten wünschte er viel Erfolg.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der vergangenen Sitzung wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Swen Behrendt, wohnhaft Pappelgrund 30 in Dessau-Roßlau, bezog sich auf die schriftliche Beantwortung der Anfragen von Bürgern und Stadträten. Es sei nicht gut, dass nur der Fragesteller eine Antwort erhält. Da in der Einwohnerfragestunde nur Fragen von allgemeinem Interesse gestellt werden dürfen, ist mit Sicherheit auch die Antwort von allgemeinem Interesse. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld werden die schriftlich erteilten Antworten der Sitzungsniederschrift beigelegt. Somit kann jeder Bürger die Antwort einsehen, da die Niederschrift öffentlich ist. Die Arbeit der Verwaltung wird dadurch ebenfalls aufgewertet, da die Information nicht nur einmal verwendet wird. Er fragte, ob diese Handhabung auch in Dessau-Roßlau möglich ist.

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, bedankte sich für die Anregung und bemerkte, dass er gemeinsam mit der Verwaltung diese Möglichkeit besprechen wird. Prinzipiell spreche aber nichts gegen eine solche Verfahrensweise.

Herr Behrendt erklärte weiter, dass er sich Ende September mit dem Anliegen ein Kürbisschnitzen mit Hortkindern durchzuführen, an den Eigenbetrieb DEKITA gewandt hatte. Eine Gruppe von Bürgern, welche sich über Facebook gefunden hatte, wollte dieses Vorhaben organisieren. Es waren 80 Kürbisse vorhanden, welche in mehreren Horteinrichtungen gemeinsam mit den Kindern bearbeitet werden sollten. Da er nicht alle Horteinrichtungen kannte, bat er um eine Liste und machte darauf aufmerksam, dass dabei vor allem die sozialen Brennpunkte berücksichtigt werden sollten. Diese Liste wurde ihm problemlos zur Verfügung gestellt. Auf Nachfrage nach Behinderteneinrichtungen verwies man ihn auf die Zuständigkeit des Jugendamtes. Dort wurde ihm die Regenbogenschule als Ansprechpartner empfohlen. Hinsichtlich einer Terminabsprache sprach er bei der Regenbogenschule vor. Dort zeigte man sich überrascht und versicherte eine Rückmeldung. Seitens der Regenbogenschule wurde im Zuge einer erneuten Rücksprache gefragt, von wem die Genehmigung erteilt wurde. Herr Behrendt erklärte daraufhin, dass er keine Genehmigung hat, da er keine Kenntnis davon hatte, dass diese benötigt wird. Es wurde ihm des Weiteren mitgeteilt, dass der 19.10.2015 als möglicher Termin im Betracht käme. Einen Tag später wurde ihm komplett abgesagt, da es zeitlich nicht passen würde. Auch in alle anderen kontaktierten Einrichtungen, z.B. die Horte „Kreuzberg“, „Tempelhofer Straße“, „Am Kornhaus“, „Am Luisium“ und „Am Akazienwäldchen“, war es nicht möglich, das Vorhaben durchzuführen. Es erfolgte nicht einmal eine Rückmeldung. Es wurde eine freie Zeitwahl angeboten, das benötigte Personal mitgebracht und es wären keine Kosten entstanden. Er fragte, warum diese Angebote von Bürgern nicht wahrgenommen werden und warum das Jugendamt nicht mitteilt, dass

man als Bürger für solche Veranstaltungen eine Genehmigung benötigt. Er bat das Jugendamt ihm mitzuteilen, was für eine Genehmigung in solchen Fällen benötigt wird, damit er diese beim nächsten Mal entsprechend beantragen kann. Es ist erschreckend, wie wenig Zuspruch man in Dessau-Roßlau für kostenlose Angebote findet.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sicherte eine schriftliche Beantwortung seitens der Verwaltung zu.

Frau Katrin Winter, wohnhaft in der Wäschkestraße in Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Aussage des Oberbürgermeisters, dass er und das Rathaus für die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger da sind. In Dessau-Roßlau trauen sich sehr viele Frauen nicht mehr allein, schon gar nicht im Dunkeln, auf die Straße, da sie sich von Ausländern belästigt fühlen. In Dessau Süd wurden Kinder auf einem Spielplatz mit Pistolen bedroht. Ob diese echt waren, konnten die Kinder nicht wissen. Nachdem eines der Kinder den Vorfall zuhause geschildert hatte und ein Vater den Spielplatz aufsuchte, waren die Ausländer jedoch nicht mehr da, wodurch eine Anzeige nicht möglich war. Die Kinder haben Angst alleine rauszugehen und zu spielen. Das sind nur Beispiele, die sie persönlich mitbekommen hat. Vor diesem Hintergrund fragte sie den Oberbürgermeister, wann er endlich was für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt tun will.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass die Stadt die Aufgabe hat, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Es gibt regelmäßige Gespräche und gemeinsame Beratungen mit dem Stadtordnungsdienst und der Polizei. Auch Auswertungen von Vorfällen finden statt. Der Stadtordnungsdienst kann nicht beliebig personell erweitert werden, jedoch wird alles getan, um für die Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Seitens der Polizei gibt es die Aussage, dass es keinen signifikanten Anstieg von wirklichen Straftaten gibt. Das Berichtete möchte er jedoch nicht in Abrede stellen, da Dinge passiert sind, die nicht hinzunehmen sind. Wir alle, auch die Bürgerschaft, werden gemeinsam für einen ordentlichen Umgang mit den Flüchtlingen in der Stadt sorgen müssen. Für die Asylbewerber gelten jedoch auch alle Spielregeln.

Frau Winter fragte weiter, was gemacht werden kann, wenn es nochmals zu einem ähnlichen Vorfall kommt.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies darauf, dass die Polizei nicht nur formale Anzeigen entgegennimmt und dass auch die Kontaktbereichsbeamten solche Hinweise aufnehmen. Weiterhin werden Informationen ausgetauscht. Auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt kümmert sich um solche Angelegenheiten. Es ist eine Frage der Vermittlung der Werte unseres Grundgesetzes, die eine Gleichberechtigung von Mann und Frau vorsehen und solche Dinge ausschließen. Auch mit Einheimischen gibt es solche Situationen. Solche Vorfälle sollten gemeldet werden. Wenn sich lokale Schwerpunkte in der Stadt ergeben, sind die Polizei und der Stadtordnungsdienst dankbar für entsprechende Hinweise.

Herr Lein, Geschäftsführer der Firma MOBS in der Luxemburger Str., bedankte sich für das Schreiben des Oberbürgermeisters und merkte an, dass er einen Weg für ein Zukunftsprojekt aufgezeigt hatte. Es ist eine Idee mit Zukunftscharakter. Bzgl. der Frage nach dem Schreiben des Bundespräsidialamtes bat er um Verständnis, dass

es sein Projekt ist und vom ihm umgesetzt werden sollte. Er appellierte, unsere Stadt zur Glücksstadt Nummer 1 in Deutschland zu gestalten, uns den Geist und Mut von Luther, Fürst Franz, Junkers und Gropius zum Vorbild zu nehmen und unser Leben sowie unsere Stadt zur ökologischen und ökonomischen erfolgreichen Kommune zu reformieren. Die kompetenten und erfahrenen Fachleute sind glücklicherweise schon vor Ort, z. B. die Mitarbeiter des Umweltbundesamtes. Unser Ziel kann nur Glück und Wohlbefinden aller Menschen in der Stadt sowie ein Beteiligungsprojekt aller Bürger sein.

Nach dem Hinweis von **Herrn Ehm, Stadtratsvorsitzender**, dass Herr Lein eine Frage stellen muss, legte dieser weiter dar, dass es auch in Zukunft Investoren geben wird.

Nach wie vor werde er sich mit Herz und Verstand für das Projekt einsetzen, um dieses zu einem wirtschaftlichen und emotionalen Erfolg zu führen. Er fragte, wer bereit ist, die Stadt zur Nummer eins in Deutschland zu gestalten und zum Gemeinwohl aller Menschen, die Stadt in eine energiegeladene Zukunft zu führen.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass durch Applaus des Stadtrates zum Ausdruck gebracht werden könnte, dass alle das gleiche Ziel haben.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Grey, NPD, gab an, dass ihm am 15.10.2015 von einer Mutter berichtet wurde, dass sich am 01.10.2015 Asylanten auf dem Schulhof der Waldstraße herumgetrieben haben und sich nicht von den aufsichtführenden Lehrern vom Schulgelände verweisen ließen. Es spielt keine Rolle, ob es sich hier um dezentral untergebrachte Personen gehandelt hat. Am 16.10.2015 war er gemeinsam mit der Mutter bei der Schulleiterin und bat um eine Stellungnahme, welche Maßnahmen zum Schutz der Kinder seitens der Schule ergriffen werden. Die Sache wurde heruntergespielt. Da man das Schultor nicht abschließen kann, sollte ein Zettel angebracht werden, dass der Zutritt für Unbefugte nicht gegeben ist. Abgesehen davon, dass Asylanten nicht der deutschen Sprache mächtig sind und auch bis heute auch kein Schild angebracht wurde, wird ein Schriftstück allein diese fremden Leute nicht aufhalten. Vor dem Hintergrund, dass das Asylantenheim in der Waldstraße Tag und Nacht durch einen Wachschutz betreut wird, erfragte er, wo der Wachschutz für die Grundschule in der Waldstraße bleibt. Des Weiteren stellte er die Frage, mit welcher Begründung Erzieher, Lehrer oder Mitglieder von freiwilligen Feuerwehren dazu gedrängt werden, Erklärungen zu unterschreiben, welche ihnen Untersagen an Bürgerprotesten teilzunehmen. Weiterhin bezog er sich auf ein großflächiges Plakat mit der Aufschrift „Nazis raus“, welches am 05.10.2015 von der Feuerwehr, mit zwei Fahrzeugen und entsprechendem Personal, am ehemaligen Pflegeheim angebracht wurde. Er fragte, wer das veranlasst hat und wer die Kosten dafür trägt. Herr Grey merkte des Weiteren an, dass die Bürgerproteste in Roßlau nicht abflachen werden. Orte wie Vockerode haben gezeigt, was passiert, wenn man sich nicht wehrt. Nach der Ankündigung der Bundesministerin Schwesig, dass sehr viele Frauen und Kinder nachziehen werden, könne im nächsten Jahr mit 3 bis 7 Mio. Personen gerechnet werden. Er ist sich sicher, dass hier die Kontrolle verloren gehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras, merkte an, dass er den Sprachgebrauch von Herrn Grey als befremdlich empfindet. Des Weiteren erinnert ihn ein durch Schilder gekennzeichnetes Zutrittsverbot zu öffentlichen Einrichtungen an eine Zeit, die er nicht mehr erleben möchte. **Frau Wendeborn, amtierende Dezernentin für Gesundheit, Soziales und Bildung**, erklärte, dass sie Kontakt zur Schulleiterin hat und ihr dieser Vorfall nicht bekannt ist. Dennoch wird sie sich nocheinmal erkundigen. Die letzte Abstimmung fand in der vergangenen Woche statt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** ergänzte, dass es fraglich ist, es als „Vorfall“ zu bezeichnen, wenn ein ausländisches Kind einen Schulhof betritt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab an, dass er aus Interesse an der letzten Haupt- und Personalausschusssitzung teilgenommen hatte und am nächsten Tag sehr verwundert war, aus der Mitteldeutschen Zeitung alle Einzelheiten aus der nichtöffentlichen Sitzung zu lesen. Es wurde allerdings vereinbart, darüber zu informieren, dass sich die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses auf zwei Kandidaten geeinigt haben. Die Mitteldeutsche Zeitung hatte nur die positiven Botschaften verbreitet. Er hatte jedoch einen ganz anderen Eindruck in der Sitzung und fühlte sich um 26 Jahre zurückversetzt, als die „Blockflöten“ zusammen mit der SED die Einheitsliste der Nationalen Front aufgestellt haben und dann dem Wahlbürger die Wahlentscheidung abgenommen haben. Herr Schönemann hatte deutlich gesagt, dass man sich auf einen Kandidaten einigen muss, damit die Spielchen in den Wahlkabinen von vornherein ausgeschlossen werden. Er weiß nicht, welche Spielchen gemeint sind, jedoch findet er das bedenklich. Er appellierte deshalb an alle Stadträte, heute keine Spielchen in der Wahlkabine zu betreiben, da uns das nur aufhalten und vielleicht auch um sieben Jahre zurückwerfen könnte. In der Wahlkabine sollte heute nach bestem Wissen und Gewissen und zum Wohle der Stadt entschieden werden.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, bezog sich auf ein Interview mit dem Oberbürgermeister in der Mitteldeutschen Zeitung vom 11.08.2015. Im Jahr 2011 hatte Dessau-Roßlau 47 Asylbewerber, im Jahr 2012 77 Asylbewerber, 2013 127 Asylbewerber und im Jahr 2014 296 Asylbewerber. Im Jahr 2015 werden es noch einmal 1200 Asylbewerber sein. Die AfD steht zum Asylrecht und jeder, der das Recht auf Asyl hat, soll es auch bekommen. Jedoch wird ein Missbrauch strikt abgelehnt. In einem Brief an den Oberbürgermeister hatte er folgende Fragen gestellt:

- Wie viele von den 547 Asylbewerbern wurden in den Jahren abgelehnt?
- Wie viele wurden befürwortet?
- Wie viele von den behördlich abgelehnten Asylbewerbern leben noch in Dessau-Roßlau?

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass die Fragen bereits schriftlich beantwortet wurden und unterbreitete den Vorschlag, den Brief an Herrn Stadtrat Mrosek dem Protokoll dieser Sitzung beizufügen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ging auf die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses sowie auf die diesbezüglichen Aussagen von Herrn Otto ein und erklärte, dass im Einvernehmen ein fachlicher und sachlicher Abgleich, ähnlich wie bei der Nominierung des neuen Theaterintendanten, erfolgen sollte. Es ging nicht darum, Spielchen zu betreiben, sondern im Vorfeld zu einer Meinung zu kommen. Es

wurde demokratisch darüber beraten und entschieden, zwei Kandidaten für den Stadtrat zu benennen. Das bedeutet jedoch auch, dass sich der Haupt- und Personalausschuss in der Sache nicht einig war. Es wäre schön, die Tradition des Stadtrates der letzten Wochen fortzuführen und im Finale eine Sprache zu sprechen und das solche Eifersucht ausbleibt.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf die im Personenförderungsgesetzes festgelegte Zielmarke. Aus Landessicht gibt es viele Kommunen, die Probleme haben, die in dem Gesetz geforderte Barrierefreiheit herzustellen. Er fragte, wie sich das in Dessau-Roßlau verhält und bat um eine schriftliche Beantwortung. Hinsichtlich der Sanierung des Dorfteiches in Großkühnau wurde ihm ein Brief zugeleitet, der auch dem Büro des Oberbürgermeisters vorliegen müsste. Der Dorfteich ist als Ausgleichsgefäß ein Bestandteil des Hochwassersicherungssystems. Die Sanierung macht jedoch einen sehr eigentümlichen Eindruck. Er hat die Befürchtung, dass es im Hintergrund einen Streit bzgl. eines eventuell entstanden Biotops gibt. Aus seiner Sicht hat jedoch der Hochwasserschutz Vorrang. Er bat auch hier um eine schriftliche Antwort. Des Weiteren liegt ihm ein Brief zum Thema Breitbandausbau vor. Da es sich hier um ein bedeutsames Thema für die Ortschaften außerhalb des Stadtkerns handelt, regt er an, dass es im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus einen Zwischenbericht über die Planung und Realisierung zu geben. Im Ortsteil Großkühnau gibt es die Wahrnehmung, dass der ein oder andere mit seiner Ausbausituation schon weiter sein könnte als der allgemeine Bürger. Da das ein Thema von Interesse der Wirtschaft und von privaten Personen ist, hätte er gern die Antwort, die auf diesen Brief gegeben wird. Er würde des Weiteren empfehlen, dieses Thema als Stadtrat zentraler zu begleiten, da es sich um ein bundespolitisches Schwerpunktthema handelt.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, betonte eingehend, dass sie eine parteilose Stadträtin, Vorsitzende der AfD-Fraktion und Bürgerin der Stadt ist. Als Bürgerin der Stadt ist sie die Initiatorin der Bürgerbewegung „Bürger in Angst“. In der heutigen Sitzung konnte festgestellt werden, dass viele Bürger Angst haben. Als Stadträtin fühlt sie sich verpflichtet, den Bürgern zuzuhören, sie zu unterstützen und ihnen zu helfen. Es sollen keine Ängste geschürt, sondern genommen werden. Die Bürgerbewegung trifft sich regelmäßig freitags zu einer kleinen Demonstration und einem anschließenden Meinungsaustausch. Sie hat erfahren, dass ihre Initiative und Veranstaltung an das mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus gemeldet wurde. In dessen Folge hatte das Netzwerk „Gelebte Demokratie“ zu einer Nichtteilnahme aufgerufen. An den Oberbürgermeister gerichtet fragte sie, wer diese Meldung konkret veranlasst hat und was die Kriterien sind, die zu einer entsprechenden Meldung führen. Es kann nicht sein, dass sie als rechtsextrem eingestuft wird, nur weil sie die Interessen von Bürgern vertritt. Es scheint so, als würde Demokratie nur für die Mitglieder des Netzwerkes gelten, welches ebenfalls ständig von Toleranz spricht. Es zeigt einmal mehr, wie die hochgelobte Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat funktioniert. Man hätte auf sie zugehen können um zu erfahren, welche Interessen die Bürgerbewegung vertritt und was ihr Ziel ist. Anscheinend funktioniert die Zusammenarbeit nur, wenn Absprachen für politische Interessen getroffen werden. Mit der erfolgten Meldung wird wiederum Angst geschürt und kann in extremen Fällen sogar Gewalt erzeugen. Sie fragte weiter, ob es auch ein mobiles Beratungsteam gegen Linksextremismus gibt.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass es seitens der Stadtverwaltung keine offiziellen Meldungen an Dritte über die Anmeldung von Veranstaltungen gibt. Das Netzwerk ist anscheinend, woher auch immer, gut informiert. Heutzutage kann man über das Internet alle möglichen Informationen bekommen. Dazu bedarf es keine offiziellen Meldungen über die Stadtverwaltung. Er betonte des Weiteren, dass er die Ängste und Besorgnisse der Bürger immer ernst nimmt. Die angemeldete Veranstaltung wurde entsprechend genehmigt und vorbereitet, daher kann er nicht erkennen, an welchem Punkt die Stadt gegen die Interessen von Frau Benckenstein gehandelt hat. Er schlug eine weitere schriftliche Beantwortung vor.

Frau Benckenstein entgegnete, dass sie die Meldung an das mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus nachweisen kann und diese nicht über Facebook oder Ähnliches erfolgt ist. **Herr Oberbürgermeister Kuras** betonte nochmals, keine offizielle Meldung veranlasst zu haben. Wenn jemand ein mobiles Beratungsteam gegen Linksextremismus gründen möchte, steht dem nichts im Wege. Des Weiteren handelt es sich bei dem von Frau Benckenstein genannten Beratungsteam um keinen Eigenbetrieb der Stadt.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bezog sich auf den Rechtsstreit zwischen dem Ortschaftsrat Roßlau und dem Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau bzgl. des Baus der Biogasanlage. An der stattgefundenen Güteverhandlung haben Frau Müller, Ortsbürgermeisterin von Roßlau mit Vertretern des Ortschaftsrates, Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes und Herr Ehm für den Stadtrat, teilgenommen. Die Verhandlungsniederschrift wird dem Protokoll der heutigen Sitzung beigelegt.

8 Wahl der/s Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung **Vorlage: BV/306/2015/I-OB**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrats, verwies auf die vom Haupt- und Personalausschuss vorgeschlagenen Bewerber Frau Heinrich und Herrn Krause. Auf Nachfrage wurden keine weiteren Vorschläge unterbreitet. Der Stadtrat trat diesem Vorschlag bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltung mehrheitlich bei.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bat zunächst Frau Heinrich um ihre Vorstellung.

Frau Heinrich merkte eingehend an, dass ihre Bewerbungsunterlagen vorliegen und ihr Lebenslauf bekannt ist. Aus diesem Grund möchte sie Ausführungen zu ihrem beruflichen Werdegang machen. Sie wurde 1960 in Dessau geboren und war bis auf ihre Studienzeit, in den Jahren 1979 bis 1985, in Greifswald in Dessau-Roßlau wohnhaft und tätig. Nach ihrem erfolgreichen Studienabschluss als Diplommathematikerin war sie sechs Jahre im Impfstoffwerk Dessau und drei Jahre bei der Systemmöbel-GmbH beschäftigt. Sie trug unter anderem Verantwortung für die Neugestaltung der Betriebsorganisation und für die Einführung moderner Datenverarbeitungsprogramme. Da sie bereits während ihrer Schulzeit Praktika im Krankenhaus sowie im Kindergarten absolvierte und 10 Jahre ihre gelähmte Mutter betreut hat, war sie schon früh an einer Tätigkeit im sozialen Bereich interessiert. Das Diakonische Werk im Kirchenkreis e. V. wurde 1993 gegründet und nach ihrer Dienstaufnahme im April 1994 begann der Aufbau des Kreisdiakonischen Werkes. Heute ar-

beiten in der Kreisdiakonie über 200 hauptamtliche und ca. 50 ehrenamtliche Mitarbeiter in den Bereichen Behindertenhilfe, Alten- und Krankenpflege sowie in den offenen Diensten, z. B. Bahnhofsmision, Beratungsdienste und Notfallseelsorge. Als Geschäftsführerin ist sie zuständig für die Schaffung entsprechender Betreuungs- und Arbeitsbedingungen sowie für den Bau, die Modernisierung und Unterhaltung behindertengerechter Einrichtungen. Beispiele in der Stadt Dessau-Roßlau sind das Gemeinde- und Diakoniezentrum St. Georg, die Wohnstätten für Menschen mit Behinderungen in der Kreuzbergstraße und im Wachholderweg, wofür das Einwerben und der Einsatz von umfangreichen Fördermitteln erforderlich waren. Das Diakonische Werk im Kirchenkreis Dessau e. V. entwickelte sich unter ihrer Leitung zu einem mittelständischen Unternehmen im Sozialbereich sowie zu einem anerkannten Träger für Behinderten- und Altenarbeit über die Stadt Dessau-Roßlau hinaus. Wie jeder andere Wohlfahrtsverband finanziert sich das Kreisdiakonische Werk durch Entgeltverhandlungen mit der Sozialagentur, durch Verhandlungen mit den Kranken- und Pflegekasse, durch Zuschüssen von Land und Kommunen sowie mit Hilfen von Spenden. An der Gründung der Diakoniegesellschaft Wohnen und Arbeiten mbH im Jahr 1999 war sie maßgeblich beteiligt. Zwei Jahre arbeitete sie zusätzlich als Geschäftsführerin in der gemeinnützigen GmbH und war mitverantwortlich für den Aufbau der evangelischen Grundschule in Dessau-Roßlau. Nach über 20 Jahren Dienst in der Diakonie möchte sie ihr erworbenes Fachwissen als Beigeordnete für Gesundheit, Soziales und Bildung für die Bürger der Stadt Dessau-Roßlau einsetzen. Ihre familiäre Situation lässt diesen Schritt auch zu. Da sie in der Doppelstadt lebt, erfüllt sie einen wesentlichen Punkt der Stellenausschreibung. Es ist für sie selbstverständlich, berufliche Termine auch am Wochenende und in den Abendstunden wahrzunehmen. Bei Problemen oder zu Kriseninterventionen steht sie jederzeit zur Verfügung. Sie kennt den sozialen Markt der Stadt, da sie neben ihrer Geschäftsführertätigkeit im Kreisdiakonischen Werk weitere Funktionen begleitet, z. B. in der Gesellschafterversammlung der Diakoniegesellschaft Wohnen und Arbeiten mbH, in der Anhaltischen Hospiz- und Palliativgesellschaft, im Verwaltungsrat der Anhaltischen Diakonissenanstalt und im Kuratorium der Telefonseelsorge. Sie ist Mitglied in der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände unserer Stadt und agiert dort als Vorsitzende oder Stellvertreterin, da der Vorsitz ca. aller zwei Jahre wechselt. Des Weiteren ist sie Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss und als sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Gesundheit und Soziales tätig.

Bezüglich der Erwartungen an ihre Person gab sie an, kein lauter Mensch, keine große Rednerin oder Selbstdarstellerin zu sein. Jedoch ist sie eine Frau der Tat, die sich vollumfänglich für ihre Arbeitsfelder einsetzt. Sie besitzt einen gesunden beruflichen Ehrgeiz, ihre Arbeitsweise ist klar strukturiert, kontinuierlich und ausdauernd. Als studierte Mathematikerin kann sie Probleme und Aufgaben schnell analysieren, Prioritäten setzen und sie besitzt das notwendige Zahlenverständnis. Ihr Führungsstil ist transparent. Mitarbeiter werden in die Entscheidungsfindung einbezogen, gefordert und motiviert. Dadurch sind Mitarbeiter auch bereit, schwierige und unangenehme Entscheidungen zu akzeptieren und mitzutragen. Des Weiteren erwartet sie termin- und qualitätsgerechte Arbeit. Selbstverständlich ist für sie eine ressort- und ämterübergreifende Zusammenarbeit. Mitarbeiter der Verwaltung sind Dienstleister, daher wird sie darauf achten, dass die Mitarbeiter Personen und Einrichtungen bei der Antragstellung, den Abruf und bei der Abbrechung von Fördermitteln unterstützen. Sie ist eine Netzwerkerin und auch außerhalb von Dessau-Roßlau arbeitet sie in verschiedenen Gremien auf Landesebene mit, z. B. als Mitglied des Dienstgeberver-

bandes der Diakonie Mitteldeutschland und als stellvertretende Vorsitzende in der Diakonischen Konferenz, einem Aufsichtsgremium der Diakonie Mitteldeutschland. Das Diakonische Werk Mitteldeutschland ist ein Spitzenverband im Bereich der beiden Bundesländer Thüringen und Sachsen-Anhalt. Aufgrund dieser Ämter und da sie Entgelte selbst verhandelt, besitzt sie Arbeitsbeziehungen zur Sozialagentur, zur Schiedsstelle, zum Sozialministerium sowie zur Liga der Wohlfahrtsverbände des Landes Sachsen-Anhalt. Im Vorstellungsgespräch wurde sie gefragt, ob sie als Beigeordnete die Kirche mit in das Rathaus bringt. Darauf kann sie klar antworten, dass sie ihren christlichen Glauben und ihr christliches Menschenbild mitbringt. Sämtliche Tätigkeiten, die strukturell im Zusammenhang mit der Diakonie stehen, wird sie aufgeben. Von ihr kann absolute Loyalität erwartet werden. Da sie sich ohne Unterstützung einer Partei unabhängig beworben hat, wird sie künftig die Zusammenarbeit und den fachlichen Austausch mit allen Fraktionen des Stadtrates suchen. Auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten und den verschiedenen Ämtern ist für sie selbstverständlich.

Als Beigeordnete wird sie sich für die Bewahrung und Förderung von DEKITA und dem Städtischen Klinikum als Eigenbetrieb einsetzen. Ein gut aufgestelltes Städtisches Klinikum und akademischen Lehrkrankenhaus wirkt weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus und stärkt damit das Oberzentrum. Um den Standort Dessau-Roßlau als medizinisches Oberzentrum weiter auszubauen, muss in Zukunft die Zusammenarbeit mit den anderen hier ansässigen Kliniken gestärkt und eine Zusammenarbeit mit den Kliniken in der Region angestrebt werden. Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) des Städtischen Klinikums zählt zu den größten in Sachsen-Anhalt. Die geplante Schaffung eines MVZ im Dessau Center im Jahr 2016 ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Bevölkerung ambulant, wohnortnah und zentriert versorgen zu können. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist eine enge Zusammenarbeit mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, da sie einen Großteil der sozialen Einrichtungen und Verbände der Stadt vertritt. Ihr ist bewusst, dass die Finanzen für die soziale Arbeit auch zukünftig begrenzt und nicht ausreichend sein werden. Daher gilt es, Bestandsanalysen bei vorhandenen Einrichtungen und Projekten vorzunehmen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und ggf. Anpassungen und auch Verlagerungen von Angeboten, entsprechend der Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen, vorzunehmen. Vorhandene Pläne sind zu überarbeiten und fortzuschreiben, z. B. der Teilplan für familienunterstützende und –ersetzende Hilfe im Bereich Jugendhilfe. Die Änderung des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Trägern von Beratungsstellen voraus. Es gilt möglichst viele Landesmittel in unsere Stadt zu holen. Trotz rückläufiger Bevölkerungszahl in Dessau-Roßlau, nimmt die Zahl an Klienten mit Multiproblemlagen zu und als Oberzentrum werden viele Ratsuchende aus dem Umfeld betreut, da dort keine oder nicht ausreichende Beratungsangebote vorzufinden sind. Die umfassende Sozialplanung der Stadt Dessau-Roßlau aus dem Jahr 2010 muss fortgeschrieben werden. Dessau-Roßlau hat eine ständig steigende Anzahl von älteren und alten Bürgern und muss sich mit entsprechenden Angeboten darauf einstellen. Stationäre Plätze gibt es ausreichend, doch es müssen weitere verschiedene bezahlbare alters- und behindertengerechte Wohnangebote geschaffen werden. In den nächsten Jahren wird das Thema Altersarmut eine zunehmende Rolle für den Bevölkerungsanteil spielen, welcher nach 1990 keine Arbeit oder nur im Niedriglohnssektor eine Tätigkeit finden konnte. Damit werden die Renten dieser Menschen nicht

für die Existenzsicherung im Alter reichen. Daraus ergibt sich ein weiterer Arbeitsschwerpunkt, der zweite Arbeitsmarkt. Träger, welche nicht bzw. nicht ausreichend regelfinanziert werden, benötigen weiterhin dringend zusätzliche Arbeitskräfte. Auch gilt es, vielen Langzeitarbeitslosen eine Teilhabe an einer Tätigkeit zu ermöglichen. Da das Jobcenter Dessau-Roßlau keine weiteren ESF-Mittel vom Bund zur Förderung von Projekten, z. B. Aktiv zur Rente, erhalten hat, sind einige Träger in große personelle Schwierigkeiten geraten. Der jetzt gegründete regionale Arbeitskreis soll mit Hilfe von Landesmitteln Abhilfe schaffen, doch der Prozess läuft jetzt erst an.

Ein weiterer Hauptschwerpunkt für die künftige Arbeit des Beigeordneten ist die Thematik Flüchtlinge. An der dezentralen Unterbringung sollte so weit wie möglich festgehalten werden. In einer Stadt mit immer älter werdender Bevölkerung sind Flüchtlinge, insbesondere Familien, auch eine Chance. Große Bedeutung dabei hat die schnelle und umfassende Integration der Personen, nicht nur durch Sprachkurse. Das Jobcenter muss Asylanten mit Bleiberecht in Beschäftigung bringen. Dazu gehören die Vermittlung von ausgebildeten Flüchtlingen in Praktika, Anerkennungsberatung und Einstiegsqualifikationskurse, insbesondere für Jugendliche. Die Schulen müssen in der Lage sein, die ausländischen Kinder schnell zu integrieren, wofür sie ausreichend Lehrkräfte benötigen. Hierfür muss sich der Beigeordnete beim Land einsetzen, ebenso für die Fortführung der Schulsozialarbeit. Familien mit Kleinkindern benötigen die Unterstützung von Beratungsstellen. Die Kinder sollten des Weiteren in außerschulischen Angeboten, z. B. Musik- und Sportgruppen, integriert werden. Dafür benötigen die größtenteils ehrenamtlich getragenen Vereine die Unterstützung der Stadt. Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Unterstützung der Flüchtlinge ist groß. Diese Aktivitäten gilt es zu koordinieren und die Tätigkeiten aller Akteure zu bündeln. Das Amt für Soziales und Integration muss in seiner Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Die Förderungen der Arbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen durch Soziallotterien sind für die Stadt einzuwerben und das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz in Dessau-Roßlau umzusetzen. Für Asylbewerber und auch für viele andere Arbeitsgebiete benötigen wir den Einsatz von Ehrenamtlichen, daher muss die Werbung und Anerkennungskultur wieder verstärkt werden. Um den Fachkräftemangel im sozialen Bereich entgegenzuwirken, müssen die Einrichtungen aktiviert werden, selbst Nachwuchs auszubilden. Auch hier besteht eine gute Möglichkeit zur Einbeziehung von jungen Asylanten. Um künftig gut ausgebildeten jungen Frauen zu ermöglichen, gleichzeitig Mutter und berufstätig zu sein, ist das Thema Randzeitenbetreuung in Kindereinrichtungen zu beachten und entsprechend den Bedarfen anzupassen. Der im Jahr 2010 neu gegründete Soziale Tisch der Stadt Dessau-Roßlau, hatte die Beobachtung und öffentliche Wahrnehmung der sozialen Situation in der Stadt, die Mitwirkung zum Aufbau von qualifizierten Vernetzungsstrukturen und die Entwicklung bedürfnis- und bedarfsgerechter Angebote zur Aufgabe. Es wäre ihr Anliegen, den Sozialen Tisch, als eine wichtige Plattform des Austausches, wieder arbeitsfähig zu gestalten. Aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung und Lebenserfahrung besitzt sie soziale Kompetenz. Das äußert sich nicht nur durch ihre hauptamtliche Funktion, sondern auch durch ihr ehrenamtliches Engagement in verschiedenen Förderkreisen durch Mitarbeit oder finanzielle Unterstützung, z. B. in der Carreras Leukämie-Stiftung, als Vorsitzende des Fördervereins Club Soroptimist oder als Mitglied im Förderkreis Christusgemeinde und Anhalt Hospiz. Auch der Tierschutz liegt ihr am Herzen, was für sie eine Patenschaft von vier Tieren des Vereins ein Heim für Tiere bedeutet. Mit der heutigen Wahl des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung wird eine wichtige Entscheidung für die nächsten sieben Jahre getroffen

und die Zukunft der Stadt gestaltet. Mit ihren Ausführungen hat sie versucht zu verdeutlichen, dass die Stadt mit ihr eine absolut verlässliche und kompetente Partnerin wählt. Frau Heinrich betonte abschließend, dass sie sich gerne in den Dienst ihrer Heimatstadt Dessau-Roßlau stellen würde.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, gab an, dass die Stadt Dessau-Roßlau 30.000 Menschen verloren hat. Die überwiegend jungen Menschen haben die Stadt verlassen, da sie keine Perspektiven für sich und ihre Familien gesehen haben. Er fragte, wo jetzt plötzlich die ganzen Arbeitsplätze herkommen sollen, um die Flüchtlinge zu beschäftigen, wie es von Frau Heinrich erwähnt wurde. **Frau Heinrich** erklärte, dass sie vom sozialen Bereich gesprochen hatte. Es ist bekannt, dass es speziell bei der Alten- und Krankenpflege sehr großen Fachkräftemangel gibt. Viele Einrichtungen in Dessau-Roßlau suchen händeringend Fach- und Hilfskräfte. Hier ist es sehr wohl mit Hilfe entsprechender Integrations- und Anpassungskurse möglich, auch Asylanten, die zu uns kommen und zum Teil über eine Ausbildung verfügen, zu integrieren und diesem Arbeitsmarkt zuzuführen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, fragte, wie Frau Heinrich die Entwicklung und Förderung des Städtischen Klinikums betrachtet und wie diese als kommunale Einrichtung gehalten werden kann. Des Weiteren merkte sie an, dass der soziale Bereich immer mehr den Zwängen des Marktes unterliegt. Vor diesem Hintergrund fragte sie, wo Frau Heinrich die Lösung der sozialen Probleme vor Ort sieht, ob wir uns den Zwängen des Marktes stellen, oder die Probleme mit Vereinen, Verbänden und Bürgern lösen wollen.

Bezüglich des Städtischen Klinikums erklärte **Frau Heinrich**, dass sie sich intensiv für die Förderung dieses Eigenbetriebes einsetzen wird, da ein starkes Klinikum wichtig für die Festigung von Dessau-Roßlau als Oberzentrum ist und über die Stadt hinaus wirkt. Es ist ebenfalls wichtig, mit den Einrichtungen vor Ort, z. B. mit dem St. Joseph-Krankenhaus oder dem Diakonissenkrankenhaus, zu kooperieren. Es sollte nicht nur eine Betrachtung als Konkurrenz, sondern auch als ergänzende Dienste erfolgen. Dadurch hat man auch in Zukunft bessere Chancen bei den Verhandlungen mit den Kranken- und Pflegekassen. Ebenfalls sollten die Krankenhäuser des Umlandes, z. B. in Bitterfeld-Wolfen oder Zerbst, betrachtet werden. Auch hier sind Kontakte herzustellen und zu prüfen, wo eine gegenseitige Ergänzung und Bereicherung möglich ist. Ein Standort des Medizinischen Versorgungszentrums im Zentrum der Stadt ist ebenfalls von Bedeutung. Bezüglich der zweiten Frage erklärte sie, dass es wichtig ist, mit den Verbänden und Einrichtungen der Stadt zusammenzuarbeiten. Es ist bekannt, dass die Mittel für den sozialen Bereich knapp sind und in den nächsten Jahren auch nicht mehr werden. Daher ist eine Bestandsanalyse notwendig, um Doppelstrukturen zu erkennen, Angebote gezielt umzusetzen bzw. Arbeitsgebiete, die nicht besetzt sind, von anderen, doppelt besetzten Bereichen, zu unterstützen.

Weitere Fragen an Frau Heinrich wurden nicht gestellt. Sie verließ den Sitzungsraum.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bat Herrn Krause um seine Vorstellung und verwies auf eventuelle Nachfragen seitens der Stadträte.

Herr Krause dankte zunächst für die Chance, sich vorstellen zu können und brachte seine Verbundenheit mit der Stadt zum Ausdruck. Er möchte seine Professionalität, die er in 25 Jahren bei der Bundesagentur für Arbeit und in den letzten 10 Jahren als Führungskraft im Jobcenter erworben hat, einbringen. Mit seiner Bewerbung möchte er der Gesellschaft und damit der Stadt Dessau-Roßlau etwas von seinen erworbenen Kenntnissen zurückgeben. Er wurde 1970 in Meiningen in Thüringen geboren, hat 2 Töchter im Alter von 15 und 8 Jahren, er ist geschieden und sein Wohnsitz ist Landsberg. 1989 hat er das Abitur abgelegt und den Beruf eines Kraftfahrzeugschlossers erlernt. 1999 erwarb er den Abschluss eines Diplomverwaltungswirtes. Seit 1991 ist er für die Bundesagentur für Arbeit tätig, seit 1996 in verschiedenen Führungspositionen sowie an unterschiedlichen Standorten. Seit 2005 ist er als angestellter Geschäftsführer im höheren Verwaltungsdienst tätig. Er ist parteilos.

Herr Krause ist sich der hohen sozialen Verantwortung dieses Amtes bewusst, schließlich gilt es, Chancengleichheit für jeden Bürger und jede Bürgerin zu gewährleisten. Soziale Verantwortung ist für ihn immer noch das Thema der Langzeitarbeitslosigkeit in dieser Stadt. Mehr als 10.000 Dessau-Roßlauer Bürger, darunter knapp 2.500 Kinder unter 15 Jahren, beziehen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Nicht mit gerechnet sind die Erwerbsunfähigen und Rentner, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen. Mehr als die Hälfte dieser Langzeitarbeitslosen beziehen Leistungen durchgängig mehr als 4 Jahre. Die Gesamtkosten, die aufgewendet werden müssen, betragen für die Stadt Dessau-Roßlau ca. 70 Mio. €, davon alleine 20 Mio. € für Kosten der Unterkunft. Eine Senkung dieser Ausgaben kann mit strategischen Ansätzen durch die Erhöhung des kommunalen Einflusses bei der Steuerung des Jobcenters helfen, die Haushaltskonsolidierung der Stadt weiter voranzutreiben. Es gilt, nicht nur passive Geldleistungen zu gewähren, sondern aktivierende Elemente intelligent miteinander zu verknüpfen, um am Ende eine möglichst nachhaltige und vor allem auskömmliche Beschäftigung oder zukunftsweisende Ausbildung zu beginnen.

Hier ist es auch für einen Sozialdezernenten wichtig, Kontakte in die Wirtschaft zu unterhalten, um das Marktgeschehen zu kennen. Mit der Installierung des regionalen Arbeitskreises im September dieses Jahres wurde ein strategisches Organ zur örtlichen Mitbestimmung der Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik des Landes geschaffen. Durch dieses Gremium werden die wichtigsten ESF-Projekte für diese Stadt entschieden und auf den Weg gebracht. Hier gilt es, orientiert an den Bedarfen die Angebote miteinander zu verzahnen, um die Betroffenen in die Gesellschaft zu integrieren. So z. B. auch ein Projekt zur gesellschaftlichen Teilhabe für über 58jährige Langzeitarbeitslose, die aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Soziale Verantwortung wird auch bei der medizinischen Versorgung der Bürger durch das Städtischen Klinikum gesehen. Hier bedarf es der weiteren Stärkung des Standortes, gegebenenfalls auch im Verbund mit dem Eigenbetrieb des Klinikums Bitterfeld, um generell die Strukturen der kommunalen Kliniken zu stärken. Hier verwies Herr Krause auf den erwirtschafteten Überschuss des Klinikums im Jahr 2014 in Höhe von 800 T€. Mit dem Medizinischen Versorgungszentrum im Dessau-Center gelingt ein weiterer Ansatz der quartiersbezogenen gesundheitlichen Versorgung. Es gilt auch hier, kürzere Wege, insbesondere in Bezug auf die älter gewordene Bevölkerung, in den Blick zu nehmen, denn die soziale Infrastruktur in den Quartieren ist generell ein Qualitätsmerkmal für das Wohnen in Dessau-Roßlau. Das gilt auch in Bezug auch Kindertagesstätten und Schulstandorte. Wichtig

ist, dass Dessau-Roßlau familienfreundlicher wird. Gemeinsam mit den anderen Dezernaten muss künftig überlegt werden, mit welchen Ansätzen junge Familien in der Stadt gehalten werden können bzw. Dessau-Roßlau für Familien von außerhalb attraktiver wird. Soziale Verantwortung bedeutet auch, sich dem Thema Bildung mehr zu widmen. Der Bildungsbericht für Dessau-Roßlau, hervorgegangen aus dem Projekt „Lernen vor Ort“, zeigt deutliche Handlungsbedarfe auf. Auf Betreiben des Oberbürgermeisters gab es eine Ämterkonferenz, auch unter Beteiligung ausgewählter externer Einrichtungen. Es gilt nunmehr, die Ergebnisse der ausgelösten Aufträge zusammenzutragen, die Umsetzung auf den Weg zu bringen und entsprechend nachzuhalten. Für den Bereich des Jugendamtes wolle er nur ein strategisches Thema anreißen. Der Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung beinhaltet die Forderung der Bildung von Jugendberufsagenturen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, ein Modell, welches die Akteure Jugendamt, Arbeitsagentur und Jobcenter näher zueinander bringen soll, um die Ressourcen der 3 Akteure besser zu verknüpfen. Oft arbeiten die Mitarbeiter der Behörden mit dem gleichen Jugendlichen, ohne es zu wissen, ohne Informationen auszutauschen oder ohne mit dem Jugendlichen oder seinen Eltern zu sprechen. Unter dem Arbeitstitel „Jugend und Beruf“ startete das Projekt bereits vor 2 Jahren in Dessau-Roßlau. Ein entsprechender Kooperationsvertrag der Häuser existiert bereits. Bisher beschränkten sich die Behörden auf einen Informationsaustausch. Seit 2015 werden allerdings schon gemeinsame Fallbesprechungen durchgeführt und die Kolleginnen und Kollegen hospitieren gegenseitig, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Er hält dieses Projekt für erfolgreich, denn es lohnt sich, um jeden Jugendlichen zu kämpfen, um ihn zum Schulabschluss, in Ausbildung oder in Beschäftigung zu bringen. Schließlich kann es sich die Stadt Dessau-Roßlau bei der demografischen Entwicklung nicht leisten, auch nur auf einen zu verzichten.

Als wichtigsten Brennpunkt sieht er derzeit, wie auch mittelfristig, die Integration der Flüchtlinge, was keine Krise, sondern eine Chance für uns ist. In dieser Stadt ist ein sehr gutes Verfahren aufgestellt, ankommende Flüchtlinge möglichst dezentral in den Quartieren zu integrieren. Auch wenn es Mühe bereitet, muss Integration im weiteren Sinne verstanden werden. Die Stadt und ihre Bürger sollten die Ankunft dieser Menschen als Chance begreifen. Hier gilt es positive Beispiele der Integration z. B. in Beschäftigung in Unternehmen in unserer Stadt zu schaffen. Er ist bereits als Geschäftsführer des Jobcenters seit einiger Zeit unterwegs, mit Arbeitgeberverbänden und Unternehmen ins Gespräch zu kommen, um dort die Potentiale für Ausbildung und Beschäftigung aufzuzeigen. Dem wolle er auch künftig Gewicht verleihen. Im Übrigen ist es ihm ein Bedürfnis, das Netzwerk „Gelebte Demokratie“ zu unterstützen und den Geist des Netzwerkes auch seinen Mitarbeitern näher zu bringen, was auch in seiner zukünftigen Tätigkeit so sein wird.

Soziale Verantwortung ist undenkbar ohne Ehrenamt. Mit der Stärkung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements kommt eine wesentliche Bedeutung auf ihn zu. Auch das Beauftragensystem ist ein wichtiger Sensor für die unterschiedlichen Belange der Bürger. Stellvertretend sei hier der Seniorenbeauftragte genannt. Diesen systemischen Ansatz halte er für erhaltenswert, da Unabhängigkeit und Ehrenamt an dieser Stelle sinnvoll verknüpft werden. Um die soziale Verantwortung wahrnehmen zu können, steht er für eine Führung, die Mitarbeiter mitnimmt, befähigt, aber auch fordert. So steht er für eine exzellente Netzwerkarbeit sowie dem Anspruch, ein Experte für das Aufgabengebiet zu sein. Darüber hinaus steht er für eine

dezernatsübergreifende Kommunikation, um das vernetzte Denken und Handeln im Hause zu fördern. Er steht für den vertrauensvollen Umgang seinerseits, aber auch der jeweiligen Amtsleitungen mit den Fraktionen, um Unsicherheiten und Missverständnisse im Vorfeld öffentlicher Diskussionen zu vermeiden und damit eine bessere Außenwahrnehmung der Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Verwaltung zu gewährleisten. Auch steht er für ein einheitliches Auftreten der Führung des Rathauses nach innen und nach außen.

Herr Krause dankte den Stadträten für ihr Vertrauen, ihre Stimme sowie ihre Aufmerksamkeit.

Fragen an Herrn Krause wurden nicht gestellt.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab die Mitglieder der Zählkommission, bestehend aus Frau Angela Müller, Herrn Otto Glathe und Herr Manfred Semper bekannt. Die Mitglieder der Zählkommission wurden mehrheitlich mit 2 Gegenstimmen bestätigt.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Wahlhandlung.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab folgendes Wahlergebnis bekannt:

Von 49 abgegebenen Stimmen war 1 Stimme ungültig.
Auf Frau Evelin Heinrich entfielen 22 Stimmen, Herr Jens Krause erhielt 26 Stimmen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verließ nach der Wahlhandlung die Sitzung und nahm an der weiteren Verhandlung der Sitzung nicht teil.

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den vom Haupt- und Personalausschuss zur Wahl vorgeschlagenen Bewerbern

Jens Krause

als Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung.

Herr Krause nahm die Wahl an. Seitens des Stadtrates und der Verwaltung wurden Glückwünsche ausgesprochen sowie Blumen überreicht.

Abstimmungsergebnis:

9 Wahl der/s Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/307/2015/I-OB

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrats, verwies auf die vom Haupt- und Personalausschuss vorgeschlagenen Bewerber Frau Schlonski und Herr Prof. Dr. Schmidt. Auf Nachfrage wurden keine weiteren Vorschläge unterbreitet. Der Stadtrat trat diesem Vorschlag bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltung mehrheitlich bei.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** bat Frau Schlonski um ihre Vorstellung.

Frau Schlonski brachte zunächst ihre Freude zum Ausdruck, sich vorstellen zu dürfen und erklärte, dass die Auswahl ausschließlich aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation erfolgte. Sie ist nicht parteigebunden und könne einen frischen Blick von außen einbringen. Als Praktikerin der Stadtplanung setzt Sie gern Dinge im Zusammenspiel mit der Verwaltung, dem Stadtrat und den Bürgerinnen und Bürgern um. Sie ist in Hamburg in einem Ministerium tätig, was für ihr persönliches Herzgefühl sehr weit von der Praxis entfernt ist. Die Strukturen in Dessau-Roßlau hingegen seien so, dass direkt miteinander gesprochen und verhandelt werden kann. Ein weiterer Punkt für die Bewerbung ist, dass ihr Lebensgefährte in Dessau-Roßlau lebt und man so gemeinsam in einer Stadt leben könnte.

Zur fachlichen Qualifikation kommend, verwies sie darauf, das Fach Stadtplanung in seiner ganzen Bandbreite schon im Studium kennengelernt zu haben, sie hat das Thema Städtebau vertieft, sich mit der Bauleitplanung, dem Baugesetzbuch u. Ä. beschäftigt und städtebauliche Entwürfe gemacht. Das Studium hat sie mit einem Entwurf einer Erweiterung für eine Plattenbausiedlung in Nordhausen in Thüringen abgeschlossen, was gleichzeitig der Einstieg in ihr Berufsleben war. Die Stadt Nordhausen war interessiert an dieser Arbeit, so konnte sie die Weiterarbeit bezüglich städtebaulicher Entwürfe in eine Freiberuflichkeit mitnehmen. Bisher hat sie sehr unterschiedliche Perspektiven der Stadtplanung in ihrer Profession kennengelernt. In der Zeit der Freiberuflichkeit war es ihr vergönnt, 2 Aufträge wahrzunehmen, die ihr weiteres Schaffen sehr beeinflusst haben und die auf Seiten der Bewohnerinnen und Bewohner von Gebieten standen. In der Stadt Hannover war sie als Anwaltsplanerin in einem Sanierungsverfahren tätig und hat den betreffenden Leuten erläutert, was Sanierung bedeutet, was die Planer und die Verwaltung mit ihnen machen und was sie selber tun können, um sich einzubringen. Eine ähnliche Funktion hatte sie auch in der Stadt Hamburg übernommen, ein klassisches Quartiersmanagement mit aufgebaut, den städtebaulichen Part und auch den Aufbau der Beteiligungsstruktur übernommen. Es erfolgte dann ein Wechsel in die öffentliche Verwaltung nach Lübeck, wo sie lange Jahre im Bereich der Städtebauförderung viel mit den Strukturen und der Öffentlichkeitsarbeit zu tun hatte. Weiterhin betreute sie Projekte der Städtebauförderungsprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“. Insbesondere hat sie die Projekte „Soziale Stadt“ auch sehr stark mit dem integrierten Ansatz und dem Beteiligungsansatz der Menschen, die vor Ort wohnen, betreut. Ihr größtes Werk war in Lübeck die Projektleitung bei der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK). Dieses wurde in alle Stadtteile kommuniziert, in die Ausschüsse und in die Bürgerschaft getragen. Insofern ist es ihr nicht fremd, vor Menschen, wie den Stadträten, zu stehen und der Politik die Arbeitsergebnisse zu präsentieren. Zurzeit arbeitet sie für ein Landesministerium mit vergleichbaren Aufgaben im Bereich der Städtebauförderung und Integrierte Stadtentwicklung. In Hamburg werde geschaut, wie die benachteiligten Stadtteile nach vorn gebracht werden können. Das geschieht in breiter integrierter Arbeit, auch unter Einbeziehung von Fachpolitiken, wie Arbeitsmarktpolitik, Integration, Bildung, Gesundheit, Kriminalprävention u. a. Die Arbeit in einem Ministerium ist spannend, aber weit weg von der eigentlichen Praxis und auch vom direkten Kontakt zu den Menschen vor Ort. Insofern ist es ihr Wunsch, wieder in die Praxis zurückzukommen und das gern hier in Dessau-Roßlau.

Für die künftige Arbeit stehen das integrierte Arbeiten und eine wertschätzende und adressatengerechte Kommunikation an erster Stelle. Über mehrere Jahre hat sie eine berufsbegleitende Ausbildung im Bereich der Kommunikation, Moderation und Mediation absolviert. Ihre Zielstellung ist in der Vermittlung zwischen Stadtverwaltung, Stadtrat und Bürgerinnen und Bürgern zu sehen. In dieser Stadt gibt es gute Konzepte. Es müsse aber auch darum gehen, was davon mit welchen Prioritä-

ten umgesetzt werden kann. Eine große Herausforderung in Dessau-Roßlau ist der demografische Wandel. Im Bereich der Stadtentwicklung müsse geschaut werden, wie die hier lebenden Menschen in der Stadt gehalten und neue Menschen hinzugewonnen werden können. Wichtig in der Verwaltungsarbeit ist die Pflege des Kooperationsgedanken, also eine Verwaltung, die untereinander gut kommuniziert und sich wertschätzt. Die Kommunikation der Verwaltung gegenüber dem Stadtrat und den Bürgerinnen und Bürgern ist kein einfaches Thema. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse gesagt werden, was geht und was nicht geht. Das schaffe ein offenes Vertrauensverhältnis, in dem dann auch gemeinsam Projekte, zugunsten einer Stadt, durchstritten werden können.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, ob sie erste Ansätze zum bevorstehenden Bauhausjubiläum sehe, verwies **Frau Schlonski** auf den von Herrn Oberbürgermeister Kuras angesprochenen Masterplan, den sie jedoch noch nicht kennt. Es handelt sich um ein großes Ereignis. Für sie als Stadtplanerin ist das Bauhaus eine absolute Ikone. Es ist wichtig, dieses Jubiläum entsprechend zu nutzen, um einerseits hier in der Dessau-Roßlau selbst die Identifikation mit dieser Stadt zu stärken und andererseits ist es eine Chance, dass Dessau-Roßlau sich weltweit positionieren kann. Die Bedeutung des Bauhauses geht deutlich über den europäischen Bereich hinaus. Insofern ist es ein hervorragender Ansatz, mit einem Masterplan zu sehen, wie wir vorgehen, um die Menschen in Dessau-Roßlau mitzunehmen, aber auch, andere Menschen für Dessau-Roßlau zu interessieren. Im Idealfall können auch Investoren angelockt werden. Diesbezüglich bestehen viele Möglichkeiten.

Nach dem Verlassen des Sitzungsraumes durch Frau Schlonski, bat **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, Herrn Professor Dr. Schmidt um seine Vorstellung.

Herr Prof. Dr. Schmidt legte dar, dass er sich nach vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern von Initiativen und Unternehmen aus Dessau-Roßlau dazu entschlossen hat, als Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt zu kandidieren. Sein Name ist Holger Schmidt, er ist 56 Jahre alt und Vater von 2 erwachsenen Söhnen. Seit 1990 lebt er mit seiner Familie in Dessau, er ist parteilos.

Er hat an der heutigen Bauhausuniversität in Weimar studiert und das Studium als Diplomingenieur in der Fachrichtung Stadtplanung abgeschlossen. 1989 konnte er seine Promotion als Dr. Ing. auf dem Gebiet der Stadtplanung verteidigen. Von 1991 bis 2000 war er an der Stiftung Bauhaus Dessau zunächst als ständiger Leiter der Akademie und anschließend als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Werkstatt tätig. Hier hat er auch erste Leitungserfahrungen gesammelt und dabei einen kooperativen und situativen Führungsstil kennengelernt. Diesen Führungsstil werde er auch bei der Führung des Bereiches Stadtentwicklung und Umwelt praktizieren, also Mitarbeiter motivieren, sie mitnehmen und ein Teamgefühl schaffen, um gemeinsam voranzukommen. Am Bauhaus hat er damals u. a. in einer Arbeitsgruppe gearbeitet, die den Grundstein für die Beteiligung der Region an der EXPO 2000 gelegt hat. Sicher werde man sich an Projekte, wie Ferropolis, die Werksiedlung in Zschornewitz oder die Regionalbahn erinnern. Als es um das Thema schrumpfende Städte ging, war er Mitglied in einer Projektarbeitsgruppe, welche die inhaltlichen Schwerpunkte und die Struktur der Internationalen Bauausstellung im Jahr 2010 entworfen hat und die erste Projekte anschoß. Als ehemaliger Mitarbeiter der Stiftung Bauhaus Dessau ist ihm die Aufgabe der Bauhausstiftung gut bekannt, auch die Historie des Bauhauses und der vielen Bauhausbauten sind ihm vertraut. Deshalb habe er ideale Voraussetzungen, um den vom Stadtrat verabschiedeten Masterplan Bauhausstadt schnell weiter voranzubringen.

Im Jahr 2000 ist er auf eigenem Wunsch aus der Stiftung ausgeschieden und seit dem als praktizierender Stadtplaner in der freien Wirtschaft mit einem eigenen Planungsbüro in vielen Städten tätig. Neben einem Projekt in Polen, war er in größeren Städten, wie Magdeburg, Leipzig und Halle, aber auch in Städten Sachsens und Thüringens tätig. In Sachsen-Anhalt war er in Köthen, Oranienbaum, Zschornewitz, Lutherstadt Wittenberg und Bitterfeld-Wolfen, aber auch in Staßfurt, Haldensleben,

Gardelegen, Querfurt, Bad Dürrenberg und natürlich in Dessau-Roßlau tätig. Er kennt also das Land, seine Menschen und die aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung ganz unmittelbar. Bei allen Projekten im Büro standen immer die intensive Auseinandersetzung mit den vorhandenen baulichen und räumlichen Strukturen sowie die Bedürfnisse und Ansprüche der Bewohnerschaft im Mittelpunkt des planerischen Handelns. So wurden Bürgerforen organisiert, Arbeitsgruppen moderiert und erste Umsetzungen angestoßen. Wichtig war ihm immer ein intensiver Dialog mit den Akteuren aus der Wirtschaft, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft. Diese integrierte Arbeitsweise hat z. B. im Bereich des Theaters und des Johannesviertels in unserer Heimatstadt zu sehr guten Ergebnissen geführt. Im Jahr 2007/2008 wurde das Quartierskonzept erarbeitet und neben den inhaltlichen Schwerpunkten wurde eng mit den Akteuren im Quartier zusammengearbeitet und z. B. der noch heute bestehende Quartiersstammtisch initiiert. Diese Arbeitsweise und die abgeleiteten Planungsvorschläge haben im Jahr 2011 offensichtlich eine vom damaligen Bundesministerium eingerichteten Jury soweit überzeugt, dass das Projekt der Quartiersoffensive Theater und Johannesviertel aus 600 Bewerbungen ausgewählt wurde. Dieses konnte gemeinsam mit 92 Projekten umgesetzt werden. So konnten von 2011 bis 2014 weitere Verbesserungen im Gebiet angestoßen, das Image verbessert und eine aktive Kommunikation zu den Veränderungen im Quartier, etwa im Rahmen von regelmäßigen Presseveröffentlichungen, Stadtteilspaziergängen oder Quartiersfesten durchgeführt werden. Im Rahmen der IBA Stadtumbau hat er von 2006 bis 2008 die Öffentlichkeitsarbeit für die Stadt durchgeführt. Als Beigeordneter will er sich für eine aktivere Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung einsetzen. Mit den innerstädtischen Projekten Bauhausmuseum, Kavallerstraße und Schadebrauerei sieht er in den nächsten Jahren wichtige Aufgabenfelder. Wenn es gelingt, diese Projekte mit der Dynamik im Theater- und Johannesviertel zu verknüpfen, werde eine neue Zentrumsqualität geschaffen. Wenn dann noch die Landesgartenschau mit in das Zentrum kommt und die DWG ihren Wohnungsbestand fit macht, werde unsere Stadt bald nicht mehr wiederzuerkennen sein.

Seit 2009 ist er als Universitätsprofessor im Fachbereich Raum- und Umweltplanung an der TU Kaiserslautern in Forschung und Lehre tätig. Seine Lehrtätigkeit umfasst neben Vorlesungen und Übungen auch Exkursionen und Studienprojekte, die in der Regel gemeinsam mit kommunalen Partnern entwickelt und bearbeitet werden. Neben seiner Lehrtätigkeit leitet er 3 Forschungsgruppen zu verschiedenen Fragen der Stadtentwicklung. Daher verfügt er über ein sehr breites Netzwerk von Fachkontakten zu Partnern auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, was er gern in seine neue Tätigkeit als Beigeordneter einbringen würde. Durch seine langjährige Tätigkeit im Stadtrat von Dessau bzw. Dessau-Roßlau, ist er mit den besonderen Chancen und Herausforderungen von Dessau-Roßlau bestens vertraut. Er weiß, was die Menschen bewegt und er kann sich auch in die Stadträtinnen und Stadträte hineinversetzen, da er oft selbst als Stadtrat eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Verwaltung eingefordert hat.

Er könne heute versprechen, dass er die Anliegen des Stadtrates sehr gern annehmen und als Beigeordneter immer Ansprechpartner sein werde. Als engagierter Stadtrat hat er auf fachlicher Basis immer versucht, rechtzeitig auf falsche Entwicklung hinzuweisen. So fand er es nicht sehr sinnvoll, das Gasviertel oder das Schwabehaus abzureißen, die Kavallerstraße als Fußgängerzone, wie im damaligen Flächennutzungsplan ursprünglich geplant, auszuweisen oder das Quartiersmanagement am Leipziger Tor einzusparen. Seine fachlichen Hinweise zur Ostrandstraße haben bislang nicht zur tatsächlichen Änderung geführt. Er ist sich bewusst, dass er als Beigeordneter an die Beschlussfassungen des Stadtrates gebunden ist. So werde er als Beigeordneter, bei aller fachlichen Kritik, keinen Einfluss auf das laufende Planfeststellungsverfahren zur Ostrandstraße nehmen, zumal die Planfeststellungsbehörde laut Gesetz sowieso weisungsungebunden agiert. Für seine persönliche Neutralität in dieser Sache hat er mit dem Austritt aus der Oststrand GmbH gesorgt. Er ist in verschiedenen Vereinen und Initiativen in Dessau-Roßlau tätig, stellvertretend sei hier das Schwabehaus genannt. Als Vorsitzender ist es ihm gelungen, gemeinsam mit über 60 Vereinsmitgliedern die denkmalgerechte Erneuerung des Schwabehauses und der alten Bäckerei erfolgreich durchzuführen. Trotz erheblicher

Kreditbelastungen arbeitet der Verein kostendeckend und benötigt für den Betrieb der beiden Häuser keine öffentlichen Mittel. Dafür sind sie mit dem nationalen Preis für integrierte Stadtentwicklung, dem Landesdenkmalpreis, dem Freiherr-vom-Stein-Preis und mit dem Architekturpreis der Stadt ausgezeichnet worden.

Er möchte sein Wissen und seine umfangreichen praktischen Erfahrungen, sei es als Stadtplaner, als Kommunalpolitiker, als Wissenschaftler oder als bürgerschaftlicher Akteur in den Dienst seiner Heimatstadt stellen und mit den Stadträtinnen und Stadträten, mit dem Oberbürgermeister und den anderen Beigeordneten eine Qualitätsoffensive auf dem Gebiet von Stadtentwicklung und Umwelt starten.

Dabei geht es im Kern um 3 Punkte:

1. Wir brauchen eine andere Zusammenarbeit zwischen Stadtrat, Verwaltung und den Ausschüssen
2. Wir brauchen eine neue Qualität der Beteiligung und der Information der Bürgerschaft
3. Wir brauchen eine neue Qualität des Planens und Bauens auf dem Weg zur Bauhausstadt.

Die Stadt bleibt stark hinter ihren Möglichkeiten zurück. Daher sollten gemeinsam getragene Projekte in den Mittelpunkt gestellt und in Form eines gemeinschaftlichen Netzwerkes auf Augenhöhe agiert werden. Das gemeinsame Ziel müsse sein, dass die teilweise vorhandene Negativstimmung in der Bevölkerung durch eine aktive Information und Beteiligung der Bewohner zu allen relevanten Fragen der Stadtentwicklung schrittweise überwunden wird. Sehr am Herzen liegt ihm auch ein kollegialer Umgang mit dem Oberbürgermeister und den anderen Beigeordneten. Künftig müsse man sich als ein Team verstehen, um die Stadt gemeinsam voranzubringen. Er dankte für die Aufmerksamkeit.

Fragen an Herrn Prof. Dr. Schmidt wurden nicht gestellt.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Wahlhandlung.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab folgendes Wahlergebnis bekannt:
Von 48 abgegebenen Stimmen war 1 Stimme ungültig.

Auf Frau Schlonski entfielen 37 Stimmen, Herr Professor Dr. Schmidt erhielt 10 Stimmen.

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den vom Haupt- und Personalausschuss zur Wahl vorgeschlagenen Bewerbern

Frau Christiane Schlonski

als Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Schlonski nahm die Wahl an. Seitens des Stadtrates und der Verwaltung wurden Glückwünsche ausgesprochen sowie Blumen überreicht.

Abstimmungsergebnis:

10 Wahl der/s Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/308/2015/I-OB

Herr Hernig stellte im Namen der **Fraktion AfD** den Antrag, Frau Bärbel Schärff zur Vorstellung und zur Wahl zuzulassen.

Der Antrag wurde mehrheitlich **abgelehnt** (14:20:13).

Der Stadtrat stimmte mehrheitlich für den Vorschlag des Haupt- und Personalausschusses zur Vorstellung von Herrn Dr. Reck und Herrn Schmalenberg (44:02:02).

Bezüglich der Reihenfolge der Vorstellung der Kandidaten verwies **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, auf die in der Beschlussvorlage klar definierte Abfolge.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bat **Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, um Ausführungen, ob die Vorstellung der Kandidaten nach dem Alphabet oder wie von den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses vorgeschlagen, erfolgen sollte.

Er könne sich nicht daran erinnern, dass der Haupt- und Personalausschuss mit der Auswahl auch eine Reihenfolge für die Vorstellung der Kandidaten festlegen wollte, erwiderte **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**. Er verwies darauf, dass bei den vorangegangenen Wahlen die Reihenfolge nach dem Alphabet erfolgte.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erwiderte, es sei immer eine Frage, in welcher Form die Reihenfolge der Präsentation stattfindet, da das manchmal auch ausschlaggebend ist. Insofern wurde eine Beschlussvorlage durch die Bürgermeisterin eingereicht, obwohl eigentlich der Oberbürgermeister zeichnungsberechtigt gewesen wäre. Er verwies auf die beschlusskonforme klare Variante, weshalb die Abfolge so gegeben ist.

Der Stadtrat sprach sich mehrheitlich für eine Vorstellung der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aus (1 Gegenstimme, 4 Enthaltungen).

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bat Herrn Dr. Robert Reck um seine Vorstellung.

Herr Dr. Reck dankte für die Möglichkeit sich vorstellen zu dürfen. Er ist 31 Jahre alt, gebürtiger Altmarkter und parteiloser Bewerber um das Amt des Beigeordneten. Er ging auf seinen persönlichen Werdegang, auf seine Vorstellungen zur künftigen Arbeit im Dezernat mit Zielsetzungen und auf sein Verständnis von der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtrat ein.

Nach seinem Abitur hat Herr Dr. Reck an der TU Braunschweig Wirtschaftsingenieurwesen, mit der Vertiefungsrichtung Elektrotechnik, studiert. Nach dem Abschluss seines Vordiploms ist er an die TU nach Dresden gewechselt und hat dort seinen Abschluss als Wirtschaftsingenieur gemacht mit den technischen Fachrichtungen Energietechnik, Elektrotechnik und biomedizinische Gerätetechnik sowie den betriebswirtschaftlichen Vertiefungen Wirtschaftsprüfung, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Organisation. Als Teil seines Studiums hat er auch ein Industriepraktikum absolviert. Zum Ende seines Studiums ist er für einige Monate nach Indonesien an das Goetheinstitut gegangen. Dort hat er im Regionalinstitut für die Region Südostasien, Australien und Neuseeland in der regionalen Verwaltungsleitung gearbeitet. Danach war er akademischer Mitarbeiter am Lehrstift für Unternehmensrechnung sowie empirische Kapitalmarktforschung und Promotionsstudent mit der Vertiefungsrichtung Encounting an der Universität Mannheim. Seine Promotion hat er im Jahr 2014 mit dem

Titel Sprache und Kultur im Geschäftsbericht verteidigt. Seit einigen Jahren ist er Bürgermeister der Verbandsgemeinde Seehausen in der Altmark. Er leitete dort die Verwaltung und war für einige Zeit Leiter des Haupt- und Sozialamtes und des Ordnungsamtes. Ihm direkt unterstellt ist der Bereich Tourismus und Wirtschaftsförderung.

Seine Motivation für die Bewerbung war die Stellenausschreibung, der interessante Dezernatszuschnitt und die Möglichkeit, in einem Oberzentrum in seinem Heimatland eine neue Herausforderung und eine verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen zu können.

Als zukünftiger Wirtschaftsdezernent sieht er seine Aufgabe insbesondere darin, die Stärken der Stadt nach außen zu vertreten, welche insbesondere im reichhaltigen Kulturangebot liegen. Die Welterbe- und Naturerbestätten, das Bauhaus, das Anhaltische Theater, die Bibliotheken und Archive, das Umweltbundesamt und die Landeseinrichtungen bilden ein interessantes Arbeitsumfeld und sind besonders attraktiv für die Leute, die die Stadt als Lebens- und Arbeitsort wählen. Eine wichtige Aufgabe ist die Betreuung der Wirtschaft. Hier müsse der Wirtschaftsdezernent der erste Ansprechpartner sein, vor allem wenn sie sich weiterentwickeln will oder Unterstützung benötigt, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit Behörden, als Hinweisgeber oder wie man sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen kann. Das gehe nur gemeinsam mit den Kammern, den Betrieben, dem Stadtrat und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Aus eigener Erfahrung weiß er, dass aus den Räten und der Bürgerschaft sehr konstruktive und gute Inspirationen kommen, mit denen eine Stadt weiterentwickelt werden kann und dass in den Belegschaften der Verwaltungen Menschen sitzen, die sich darauf freuen, Verantwortung zu übernehmen, eigenverantwortlich zu arbeiten und eigene Ideen umsetzen zu können. Ein Dezernent sollte den Mut haben, diese Dinge zu unterstützen und hinter seinen Mitarbeitern zu stehen. Eine weitere wichtige Aufgabe des Wirtschaftsdezernenten ist, die Existenzgründung zu begleiten. Die Kreativwirtschaft kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Stadt wirtschaftlich weiter zu entwickeln, interessante Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch das Image der Stadt nach außen weiter positiv zu gestalten. Hinsichtlich des Bauhausjubiläums 2019 ist es wichtig, sich mit der Stadtmarketinggesellschaft gut aufzustellen. Hier sollte der Wirtschaftsdezernent auch die Möglichkeit haben, gestalterisch mitzuwirken, denn die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung liegt auch bei dem zukünftigen Wirtschaftsdezernenten, wozu er Gestaltungsmöglichkeiten braucht. Standortmarketing ist einmal die Werbung nach innen, dass betonen der Stärken dieser Stadt, und die Stärkung der Stadt nach außen, wie es z. B. bereits auf Messen geschieht, nämlich gemeinsam mit den Unternehmen und mit der Bevölkerung positive Gefühle zu schaffen, die dann nach außen strahlen. Der Reiz der Stadt müsse nach außen getragen werden.

Bezüglich der Entwicklung von Existenzgründern in der Kreativwirtschaft sieht er Möglichkeiten, unterstützend tätig zu werden, z. B. bei den Fragen, welche Möglichkeiten bestehen, um Fördermittel zu bekommen und wo kann überhaupt eine Existenz gegründet werden. Dass die Kreativwirtschaft ein wichtiger Punkt ist, zeigt nicht zuletzt auch das große Bemühen von Bund und Land, diesen Wirtschaftszweig weiter zu stärken. Neben der Kreativwirtschaft gibt es auch das Bestandsgewerbe. Beispielfhaft ist hier der Biopharmapark in Rodleben zu nennen.

Als zukünftiger Dezernent würde er zunächst mit den Kammern der Betriebe besprechen, wo die Erwartungshaltungen, die Wünsche und der Verbesserungsbedarf liegen. Im Weiteren sind entsprechende Maßnahmen und Strategien zusammen mit dem Amt, dem Stadtrat und den Betrieben zu entwickeln, zu verändern und den Wünschen der Wirtschaft anzupassen.

Aus eigener Erfahrung als Verwaltungsleiter müsse er hier auch einmal die Mitarbeiter einer Verwaltung in Schutz nehmen. Er weiß, dass es nicht einfach für Mitarbeiter ist, wenn die Führung etwas anderes wünscht als die Mitarbeiter. Dann stehen Mitarbeiter zwischen der Politik, der Wirtschaft und der Erwartungshaltung ihrer Führungskraft. Diesbezüglich sieht er seinen Standpunkt verfestigt, Mitarbeitern Eigenverantwortung übertragen zu wollen und gemeinsam mit ihnen den Dialog sowie

den konstruktiven Austausch zu suchen, denn seine Meinung müsse nicht immer die richtige Meinung sein. Das erfordert Vertrauen und Mut. Das bietet er den Mitarbeitern, den Räten und dem Verwaltungsvorstand an. Ein Dezernent kann nur erfolgreich sein, wenn das Gesamtgefüge der Dezernenten funktioniert, was er als Überleitung zum Bereich Kultur nutzen wolle.

Kultur ist auch Sozialpolitik. Wenn man sich den Bereich Kinderarmut oder Sozialbenachteiligte ansieht, hat Kultur die Möglichkeit, persönlichkeitssteigernd zu wirken, Wissenskluft abzubauen und damit starke Persönlichkeiten hervorzubringen, die dann dringend als Fachkräfte in den Unternehmen gebraucht werden. Viele Arbeitsplätze können nicht belegt werden, weil keine geeigneten Bewerber zur Verfügung stehen, was die Aufgabe eines integrierten Handelns sei. Hier sieht er die Chance, auch z. B. im Anhaltischen Theater einen Beitrag im Rahmen der Theaterpädagogik und im Rahmen der Einbindung von jungen Menschen zu leisten. Das Anhaltische Theater ist weit über die Grenzen hinaus bekannt und er wünscht sich, gemeinsam mit dem Theater den Weg nach außen noch stärker zu gehen. Das Sorge für eine Stärkung des Theaterstandortes, den man auch ganz selbstbewusst dem Land gegenüber vertreten muss. Ein Land, das Anhalt in seinem Namen hat, sollte auch zum Anhaltischen Theater und der Anhaltischen Kulturlandschaft stehen.

Das Bauhaus ist ein inspirierendes Element der Stadt und kann Ideengeber sein. Der Masterplan Bauhaus wurde bereits angesprochen. Wichtig ist, dass der zukünftige Wirtschafts- und Kulturdezernent genau diese Dinge gemeinsam mit dem Bauhaus und den anderen beteiligten Akteuren vorantreibt. Ähnlich sind viele strategische Vorstellungen auch in den Stadtentwicklungskonzepten bereits festgehalten worden, hier sind Maßnahmen abzuleiten und zielgerichtet mit Plänen umzusetzen. Eine wichtige Möglichkeit, die Stadt weiter voranzubringen, sind Zeitschienen in Form eines Projektmanagements. Die Stadtmarketinggesellschaft ist dann dafür zuständig, Angebote zu schaffen, die nach außen vermarktet werden können und im Idealfall den Besuch des Bauhauses, des Anhaltischen Theaters, der Museen und der Archive enthalten. Ein Standortmarketing aufzubauen ist ein Prozess, der eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Gerade wenn es darum geht, vielleicht das Logo zu verändern oder eine visuelle Klammer zu schaffen, sollte der Diskussionsprozess zeitig beginnen, um dann zum Jahr 2019 rechtzeitig fertig zu werden und die vorhandenen Materialien in diesem Design nach außen kommunizieren zu können. Erforderlich für die genannten Ziele und Vorstellungen ist eine intensive Zusammenarbeit und ein abgestimmtes und möglichst harmonisches Handeln aller Akteure, eine motivierte und starke Verwaltung, finanzielle Mittel, Anstrengung, Vertrauen, Geduld und vor allem Optimismus und Offenheit für Innovationen.

Gerne möchte er gemeinsam mit dem Stadtrat, den Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung und dem Verwaltungsvorstand diese Aufgabe übernehmen, weshalb er sich über ein entgegengebrachtes Vertrauen sehr freuen würde.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, stellte an Herrn Dr. Reck die Frage, welche Möglichkeiten er bezüglich der Erarbeitung eines neuen Kulturentwicklungsplanes sieht. Des Weiteren bezog sie sich auf seine Tätigkeit als Hauptverwaltungsbeamter seit dem Jahr 2013. Da er für 7 Jahre gewählt ist, erfragte sie die Gründe für den Wechsel nach Dessau-Roßlau.

Der Kulturentwicklungsplan liegt in der Zuständigkeit des Dezernenten und muss fertiggestellt werden, erwiderte **Herr Dr. Reck**. Bezüglich der Gründe für seinen Wechsel nach Dessau-Roßlau legte er dar, dass ihn die Herausforderung und die Stadt Dessau-Roßlau selber mit ihrem vorhandenen Angebot reizt. Weiterhin ist das Dezernat auf seine Ausbildung und seine Interessen zugeschnitten. Auch kann er die Tätigkeit im Land Sachsen-Anhalt wahrnehmen. Des Weiteren hat er als Bürgermeister einer Verbandsgemeinde nicht den unmittelbaren Gestaltungsspielraum, den er sich mit der Dezernentenstelle wünscht. Es sei natürlich nicht schön, wenn man früher geht, aber es gibt manchmal keine andere Möglichkeit, wenn sich eine andere Aufgabe bietet, die man gern übernehmen möchte. Er hat jedoch nicht vor, Dessau-Roßlau nach 3 Jahren wieder zu verlassen.

Bezüglich der Situation, dass in Dessau-Roßlau ein neuer Dezernent für Wirtschaft und Kultur gesucht wird und man sich parallel dazu in der Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft befindet, stellte **Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, die Frage, welche Chancen und Gefahren Herr Dr. Reck in dieser Konstellation sieht.

Die Stadtmarketinggesellschaft bietet den Vorteil, den Bereich Stadtmarketing bündeln und eine gewisse Schlagkraft entwickeln zu können, entgegnete **Herr Dr. Reck**. Ob das in einer GmbH, in einer anderen Rechtsform, oder in der Verwaltung sein muss, ist eine politische Entscheidung. Jedoch warne er vor zu viel Euphorie, dass diese kostendeckend arbeiten wird. Es müsse so realistisch miteinander umgegangen werden, dass diese GmbH immer auch einen Zuschuss der Stadt brauchen wird, gerade in den ersten Jahren. Die Aufgaben müssen definiert sein und auf die dort arbeitenden Mitarbeiter passen, denn es macht keinen Sinn, Mitarbeitern eine Aufgabe zu geben, die vielleicht nicht ihren Neigungen entsprechen. Weiterhin muss ein Wirtschaftsdezernent die Möglichkeit haben, in dieser Gesellschaft mitzuwirken und Einfluss zu nehmen. Anderenfalls könne das Konstrukt Wirtschaftsdezernent schnell eingeengt werden. Die Bestandspflege ist ein wichtiges Thema. Für das Standortmarketing muss ein politischer Beamter die Verantwortung tragen und die Möglichkeit der Gestaltung haben. Ansonsten könne in der Vermarktung von Paketbestandteilen an Touristikunternehmen durchaus eine Chance in so einer GmbH liegen. Gute Erfahrungen hat er mit der aktiven Beteiligung der Gewerbetreibenden gemacht. Wenn lokale Akteure hinter einer Marketinginitiative stehen und sich selber daran beteiligen können, sei das ein ganz anderes Mitnehmen der Menschen und eine ganz andere Motivation.

Die Frage von **Herrn Bierbaum, CDU-Fraktion**, ob er bei einer Wahl nach Dessau-Roßlau ziehen würde, wurde von Herrn Dr. Reck bejaht.

Nachdem kein weiterer Fragebedarf bestand, bat **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, Herrn Schmalenberg um seine Vorstellung.

Herr Schmalenberg verwies zunächst auf den vom Oberbürgermeister geprägten Satz, dass für die Zukunft einer Stadt die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich ist. Für die Stadt wurde eine Wirtschaftsoffensive gestartet und es sei nunmehr die Aufgabe eines neu zu wählenden Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur, gemeinsam mit der Verwaltung und dem Stadtrat an einem Strang zu ziehen, damit diese Wirtschaftsoffensive für die Stadt ein Erfolg wird.

Seine Zielsetzung für die zukünftige Arbeit im Dezernat für Wirtschaft und Kultur näher bringend, ging er zunächst auf die Bestandspflege ein. Es müsse sehr viel dafür getan werden, dass die Unternehmen vor Ort bleiben und die Bedingungen vorfinden, die sie für ihre Arbeit brauchen. Ein Wirtschaftsdezernent müsse sich auch außerhalb des Rathauses aktiv in die Bestandspflege, die tragende Säule der Wirtschaftsförderung, einbringen, die Unternehmen vor Ort besuchen und sich ein Bild darüber zu machen, welche Probleme die Unternehmen haben. Zur Bestandspflege gehört auch, gezielte Vorschläge in die hierfür zuständigen Gremien zum Abbau bürokratischer Hürden einzubringen. Auch müsse er im ständigen Kontakt und Austausch mit der IHK, der Kreishandwerkerschaft, dem City-Netz, den Wirtschaftsjunoren, dem Stammtisch der Unternehmer und dem Industrieklub stehen und sich dort den notwendigen Input für die Verwaltung holen. Das werde er tun. Dass er den Kontakt nicht scheut, sondern sucht, habe er bereits bewiesen. Er ist der Einladung der Unternehmensschaft und der Wirtschaftsverbände dieser Stadt gefolgt und hat Rede und Antwort gestanden. Einen Vorschlag zum Abbau bürokratischer Hürden werde er gleich zu Beginn in das hierfür zuständige Gremium und in die Dezernentenrunde einbringen. Das betrifft die Zerbster Straße, in der kein Innenstadtfeeling aufkommt und von vielen Bürgerinnen und Bürgern kritisiert wird, was u. a. an der Stellgebühr liegen könne. Deshalb ist sein Vorschlag, für einen Versuchszeitraum diese Stellgebühr

außer Kraft zu setzen und wenn sich das spürbar auf die Belebung der Innenstadt ausgewirkt hat, ist diese Stellgebühr abzuschaffen.

Die Stadt braucht mehr Standortkampagnen, wo für die harten und weichen Standortfaktoren offensiv geworben wird, denn die Standortfaktoren sind u. a. mit den Autobahnanbindungen vorzüglich. Daneben ist die Stadt weltweit bekannt als Residenz Anhalts, als Stadt innovativer Entwicklung und auch heute noch ist diese Stadt Schwerpunkt der Forschung und Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Im Rahmen der letzten EU-Strukturfondperiode wurden über 5 Mio. € an Innovationsförderung für Unternehmen dieser Stadt bewilligt. Nicht zu vergessen ist das reichhaltige Kulturangebot, das Weltkulturerbe, die Sportstadt Dessau und es gibt über 30.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und über 40.000 Erwerbstätige, was ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor ist. Diese Standortfaktoren gilt es offensiv zu vermarkten. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der offensiven Betreuung des Marketings durch die Stadtmarketinggesellschaft. Es ist die Aufgabe eines Dezernenten, für die notwendige Verzahnung zwischen Stadtmarketinggesellschaft und Verwaltung zu sorgen, damit das Marketing zum Laufen gebracht werden kann durch Imagebroschüren, Werbe- und Messeauftritte. Der Auftritt der Stadt im Bereich der Wirtschaftsförderung ist nicht optimal. Diese Stadt braucht klare Strukturen und Ansprechpartner, die sich auch nach außen für jeden ergeben, insbesondere für Ansiedlungswillige.

Zur Verwaltung selbst kommend, erklärte Herr Schmalenberg, dass Dessau einmal die dynamischste Metropolregion Mitteldeutschlands war, in der eine regelrechte unternehmerische Aufbruchstimmung bestand, wovon jedoch nicht mehr viel vorhanden ist. Das zeigt bspw. das FOCUS-Ranking, auch wenn an dessen Methodik und vor allem an der Sinnhaftigkeit Zweifel aufkommen lassen. Fest steht aber, dass es wieder ein solches FOCUS-Ranking geben wird. Dieses wirkt sich unmittelbar auf den Ruf einer Stadt aus. Deshalb müsse alles dafür getan werden, um deutlich weiter nach vorn zu kommen. Dafür muss auch eine Verwaltung einen Beitrag leisten. Der Beitrag besteht darin, die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmer gegenüber der Verwaltung abzubauen und die erlernte Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung wieder ins Laufen zu bringen. Der Schlüssel zum Erfolg ist eine absolut serviceorientiert arbeitende Verwaltung. Den Gedanken der Serviceorientierung möchte er im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister im Dezernat für Wirtschaft und Kultur umsetzen. Die moderne Form der Mitarbeiterführung muss etabliert und in der Zielsetzung und Erwartungshaltung klar kommuniziert werden. Über Probleme muss miteinander geredet und gemeinsam Lösungsansätze entwickelt werden. Niemand darf an einer Meinungsäußerung gehindert werden. Diese Stadt braucht einen ständigen dezernatsübergreifenden Informationsfluss und Informationsaustausch. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Verwaltung Dienstleister des Stadtrates ist. Wenn die Stadträte eine Frage haben im Bereich der Wirtschaftsförderung, muss das nicht über den Tisch eines Beigeordneten laufen, sondern die Verwaltung könne mündlich eine Auskunft geben. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden regelmäßig befragt, was gut so ist. Warum befragt man sie nicht zukünftig, wie sie die Leistungsfähigkeit und die Arbeit der Verwaltung beurteilen. Das müsse auf den Weg gebracht werden.

Zur Kultur kommend bat er um Nachsicht, dass die von ihm vorgenommene thematische Abarbeitung keine Prioritätensetzung bedeutet. Kultur ist Bestandteil seines Lebens und ihm besonders wichtig. Zugpferd dieser Stadt ist das Bauhaus. Insbesondere das Bauhaus bewirkt, dass die Zahl der Übernachtungen seit dem Jahr 2007 kontinuierlich angestiegen ist und damit auf dem gleichen Niveau liegt, wie im Landkreis Wittenberg. Deshalb sind die Initiativen richtig, dass das Bauhaus im Stadtbild, und vielleicht zukünftig auch im Stadtnamen, präsenter wird. Das Bauhausjubiläum ist auf einem sehr guten Weg. Es gibt den Verbund Bauhaus, das Kuratorium ist hochrangig besetzt und arbeitet. Es gibt die Beteiligung der Länder und die Beteiligung des Bundes. Das Bauhausjubiläum wird ein Erfolg für diese Stadt, aber man dürfe nicht nur auf das Jahr 2019 schauen, sondern müsse auch auf das Jahr 2017 blicken. 2017 werden viele internationale Gäste hier in diese Region kommen und die Luthergedenkstätten besuchen. Es müsse geschafft werden, dass die Leute sich auch für unsere Stadt begeistern, und die kulturhistorischen und touristischen Attraktionen genießen.

Hier komme man wieder zur Stadtmarketinggesellschaft, dem Schlüssel zum Erfolg. Insbesondere die direkte Ansprache der Gäste vor Ort in Wittenberg, beim Jubiläum und natürlich auch in Eisleben ist notwendig. Die Leute müssen unkompliziert die Möglichkeit zur Anreise haben. Über das Bauhaus, dem Wörlitzer Gartenreich, Luther, Melanchthon und Cranach, hat diese Region noch viel mehr zu bieten. So wurde der

Elbradweg zum 11. Mal hintereinander zum beliebtesten Radwanderweg Deutschlands gekürt. Deshalb ist dieser neue Vermarktungsgrundsatz des Verbundes Tourismusregion richtig, die kulturhistorischen und touristischen Angebote zu bündeln. Dieser neue Vermarktungsgrundsatz muss gemeinsam umgesetzt werden.

Es gibt den guten Vorschlag aus dem Stadtrat, zukünftig die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und natürlich insbesondere die Gäste, mit einer Stadt-App zu versorgen. Die Stadt Halle macht das bereits. Hier werden dem Nutzer in den einzelnen Sparten Museen, Ausstellungen, Sport, Freizeit, Kultur, Sehenswürdigkeiten und ÖPNV wesentliche Daten zur Verfügung gestellt. Das ist zwar ein finanzieller Aufwand, allerdings recht begrenzt. Mit GPS gekoppelt, stellt das eine tolle Ergänzung zum bereits bestehenden Kulturpfad und zum freien Internet auf dem Marktplatz dar. Weiterhin verwies er auf den Vorschlag, den Radwanderweg in die Stadt hineinzuziehen an den kulturhistorischen Stätten vorbei und es gibt den Vorschlag, dass die Gäste dieser Stadt zukünftig am Ortseingangsschild selbstbewusst und angemessen in dieser Stadt begrüßt werden und nicht mehr mit den Worten „An Dessau kommt keiner vorbei“.

Bezüglich des Anhaltischen Theaters, hat sich Herr Schmalenberg in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Weigand erörtern lassen, wie er zukünftig Aufführungen in die Region verbringen will. Alle wissen, dass diese Stadt mit dem Anhaltischen Theater eine ganze Region mit Kultur versorgt. Die Premierengäste kommen aus Berlin, aus Leipzig und die Kinder kommen zur Pinocchio-Aufführung aus Wittenberg und auch der Süden Brandenburgs wird abgedeckt. Wenn diese Stadt eine ganze Region mit Kultur versorgt, sei es recht und billig, dass sich die gesamte Region an der Finanzierung dieser Kultureinrichtung beteiligt. Hier ist der Landesgesetzgeber in der Pflicht, für die Verstetigung der Mittel zu sorgen. Über die Verstetigung der Mittel im Doppelhaushalt 2017/2018 hinaus, wird er gemeinsam mit dem Stadtrat die Forderung erheben, dass diese Mittel ausgebaut werden. Diese Stadt wird verpflichtet, ein Landestheater aufrechtzuerhalten, deshalb sei es gerecht, dass der Bärenanteil nicht bei der Stadt liegt.

Abschließend machte Herr Schmalenberg Ausführungen zu seiner Person. Nach seiner beruflichen Ausbildung, er ist Volljurist, in Halle/Saale, Frankfurt am Main und Wiesbaden, war er zunächst in einem Unternehmen in Dessau-Roßlau in der Bauwirtschaft als Justiziar und Assistent der Geschäftsführung tätig. Durch diese Tätigkeit wisse er besonders, was den Unternehmern dieser Stadt wichtig ist. Nach einer kurzen Zwischenstation bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitet er nunmehr seit über 4 Jahren für die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt als parlamentarischer Berater. Dort ist er zuständig für die konzeptionelle Entwicklung politischer Vorhaben und für die wissenschaftliche Begleitung von Gesetzgebungsverfahren. In dieser Wahlperiode wurde viel auf den Weg gebracht, wie das Sportfördergesetz, das Kommunale Abgabengesetz und das Rettungsdienstgesetz. An allen dieser Vorhaben hat er an der Erarbeitung und Beratung mitgewirkt. Besonders das komplexe Regelwerk Kommunalrechtsreformgesetz, die Grundlage der Arbeit im Stadtrat ist, hat sein besonderes Interesse für Kommunalrecht und für Kommunalpolitik forciert und es stand von vornherein fest, dass seine berufliche Zukunft in eine kommunale Gebietskörperschaft gehen wird. Er ist in der Region geboren und aufgewachsen, er kommt aus der Lutherstadt Wittenberg. Derzeit wohnt er in Magdeburg. Bei seiner Wahl wird er selbstverständlich, zusammen mit seiner Lebensgefährtin nach Dessau-Roßlau ziehen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Er bat um das Vertrauen und die Unterstützung des Stadtrates.

Bezüglich der Situation, dass in Dessau-Roßlau ein neuer Dezernent für Wirtschaft und Kultur gesucht wird und man sich parallel dazu in der Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft befindet, stellte **Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, die Frage, welche Chancen und Gefahren Herr Schmalenberg in dieser Konstellation sieht.

Auf die Chancen ist er bereits eingegangen, erwiderte **Herr Schmalenberg**. Die Risiken bestehen darin, dass eine Stadtmarketinggesellschaft aufpassen muss, nicht in den Kernbereich einer Verwaltung zu kommen. Die Entscheidung, welche Aufgaben die Stadtmarketinggesellschaft zukünftig haben wird, trifft nicht der Dezernent, sondern der Stadtrat.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bezog sich auf die dargestellten Tätigkeiten, die eher nicht in der Wirtschaft, sondern in anderen Bereichen liegen, wie in der Innenpolitik und in Personalangelegenheiten. Bisher hat Herr Schmalenberg keine Leitungsfunktion innegehabt, weshalb sich die Frage stellt, wie er dieses Defizit bezüglich seiner bisherigen Erfahrungen ausgleichen will, um so ein großes und bedeutsames Dezernat zu führen.

Erwidernd legte **Herr Schmalenberg** dar, bereits auf seinen Lebenslauf eingegangen zu sein. Er war zunächst als Justiziar und Assistent der Geschäftsführung in einem Unternehmen tätig und für die Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten für das Vertragsmanagement und für die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Unternehmens in allen rechtlichen Angelegenheiten zuständig. Auf seine jetzige Tätigkeit ist er auch bereits eingegangen. Wie er zukünftig im Dezernat agieren wird, hat er auch dargelegt. So wird er die moderne Form der Mitarbeiterführung etablieren und in der Zielsetzung klar kommunizieren. Als Volljurist hat er den Vorteil zu wissen, was man personalrechtlich in einer Verwaltung darf und was nicht.

Zur Führungsverantwortung gehört nicht nur das Dezernat, sondern auch immer der gute und kollegiale Umgang in der Dezernentenrunde, welchen er pflegen wird. Er pflegt den respektvollen Umgang miteinander und er wird gemeinsam mit den anderen Beigeordneten und dem Oberbürgermeister verlässlich zusammenarbeiten. Zur Führungsverantwortung gehört auch eine gute Vernetzung auf Landesebene. Diesbezüglich verwies er auf seine guten Kontakte zur Landesregierung, zu den anderen Landtagsfraktionen sowie den außerparlamentarischen Organisationen. Diese Kontakte wird er zum Wohle dieser Stadt nutzen und die Wirtschaft und Kultur dieser Stadt besser vernetzen. Letztendlich gehört zur Führungsverantwortung im Dezernat besonders die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit den Stadträten und den Stadtratsfraktionen. Er hat am Regelwerk Parlamentsreform mitgewirkt und weiß, wie wichtig es ist, interfraktionell Dinge auf den Weg zu bringen.

Herr Schönmann, Fraktion Die Linke, stellte die Frage, was Herr Schmalenberg gegenüber der Landesregierung zur Stabilisierung unserer Position als 3. Oberzentrum gedenkt zu tun und welche ersten 3 Schwerpunkte er sieht.

Diese Stadt sei gut beraten, selbst keine Diskussion darüber zu führen, entgegnete **Herr Schmalenberg**. Je mehr die Diskussion in der Stadt geführt wird, desto mehr besteht die Gewissheit, dass es im Wahlkampf und später im Koalitionsvertrag eine Rolle spielen wird. Der Programmatik seiner Partei, an der er mitgewirkt hat, fühlt er sich verbunden. Die Gemeinden und Kreise müssen sich in den jetzigen Strukturen finden. Insbesondere im Hinblick auf das FAG wissen alle, dass kreisangehörige Städte schlechter wegkommen, als kreisfreie Städte. Das sollte aber hier nicht diskutiert werden, da in anderen Ländern noch die Strukturreform läuft, was man sich erst genauer ansehen muss. Das ausschlaggebende Kriterium für die Strukturreform der letzten Jahre war immer die Bevölkerungszahl. Das passt heute nicht mehr, da die Bevölkerungszahl im Land ungleich abnimmt. In der Stadt Magdeburg nimmt diese Zahl sogar zu, weshalb das kein taugliches Kriterium ist.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ging auf die Ausführungen zur sogenannten Stadt-App ein, wo das Vorbild Halle/Saale ihm besonders wichtig war. Er fragte Herrn Schmalenberg, welche Pakete er in diese App einbauen und wie er diese gestalten würde. Herr Schmalenberg wisse sicherlich, dass in Halle ein Neustart der App geplant ist, da offensichtlich große Schwierigkeiten bestehen. Es wurde viel Geld investiert, jedoch ist der Ertrag im Moment sehr gering. Er stellt die Frage, wie sich die Stadt gegen diese Entwicklung schützen kann.

Er habe sich im Vorfeld die App der Stadt Halle heruntergeladen und auch die der Stadt Dessau, die City-Guide-App, erwiderte **Herr Schmalenberg**. So eine App müsse, wenn sie etwas bringen soll, dynamisch gestaltet und ständig mit neuen Inhalten gefüttert werden. Auf die Inhalte ist er bereits eingegangen. So gehört der gesamte Bereich der Kultur, Sehenswürdigkeiten, Ausstellungen, Museen, Theater und definitiv auch Bedienung der Bevölkerung mit Sport und Freizeit, in diese App. Auch der Bereich ÖPNV sollte ergänzt werden. Er habe auch auf den Kulturpfad verwiesen, wenn das entsprechend mit GPS gekoppelt wird.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt. Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Wahlhandlung.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab folgendes Wahlergebnis bekannt:

Von den 48 abgegebenen Stimmen waren 2 Stimmen ungültig.

Auf Herrn Dr. Reck entfielen 25 Stimmen, Herr Schmalenberg erhielt 21 Stimmen.

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den vom Haupt- und Personalausschuss zur Wahl vorgeschlagenen Bewerbern

Herrn Dr. Robert Reck

als Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur der Stadt Dessau-Roßlau.

Herr Dr. Reck nahm die Wahl an. Seitens des Stadtrats und der Verwaltung wurden Glückwünsche ausgesprochen sowie Blumen überreicht.

In der sich anschließenden Pause lud die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen anlässlich der Staffelstabübergabe von Herrn Tonndorf an seinen Nachfolger Herrn Hofmeister zu einem Sektempfang ein.

Während bzw. nach der Pause verließen Herr Oberbürgermeister Kuras, Frau Christa Müller sowie Frau Stabbert-Kühl den Sitzungsraum und nahmen an der weiteren Sitzung nicht teil.

Abstimmungsergebnis:

11 Beschlussfassungen

11.1 Neuwahl eines stimmberechtigten und eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Vorlage: BV/275/2015/V-StR

Zum Vorschlag des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, eine offene Abstimmung durchzuführen, bestand keine Gegenrede, so dass die Beschlussvorlage zur Abstimmung gebracht wurde.

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt auf Vorschlag der St. Johannis GmbH als stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Pierre Vatthauer

und als dessen Stellvertreterin

Frau Marion Kairies

in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: 42:01:02

11.2 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2014

Vorlage: BV/187/2015/I-ATD

1. Der durch die unabhängig M2 AUDIT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Schillerstraße 11, 09366 Stollberg/Sachsen geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31.12.2014 wird festgestellt.
2. Der Jahresverlust von EUR 134.584,53 wird in Höhe von EUR 129.841,56 (Abschreibungswert Altes Theater) durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen und der restliche Verlust in Höhe von EUR 4.742,97 auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Zum Bilanzstichtag 2014 werden Verlustvorträge aus dem Jahr 2010 in Höhe von EUR 99.087,30 aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 43:01:01

11.3 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2014

Vorlage: BV/188/2015/I-ATD

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2014 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 43:01:01

11.4 Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Des-

sau

Vorlage: BV/234/2015/II-SKD

Es wird beschlossen:

1. Der Jahresabschluss wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).
2. Der Jahresüberschuss wird in die Rücklage eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

11.5 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2014
Vorlage: BV/235/2015/II

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2014 wird zugestimmt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, sprach der Leitung des Klinikums Dessau seinen Dank des gesamten Stadtrates für das hervorragende Ergebnis aus.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

11.6 Beschlussfassung über den Bebauungsplan mit dem Titel Änderungsplan Nr. 150 A "Ehemaliges Gasgerätewerk Hermann-Köhl-Straße"
Vorlage: BV/221/2015/VI-61

Die Beschlussvorlage wurde als Tagesordnungspunkt 11.7 behandelt.

1. Aufgrund der §§ 2, 8 und 10 BauGB in der geltenden Fassung beschließt der Stadtrat den Bebauungsplan mit dem Titel Änderungsplan Nr. 150 A „Ehemaliges Gasgerätewerk Hermann-Köhl-Straße“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung vom 23. Juli 2015 als Satzung.
2. Die beiliegende Begründung (Anlage 3) zum Bebauungsplan mit dem Titel Änderungsplan Nr. 150 A „Ehemaliges Gasgerätewerk Hermann-Köhl-Straße“ wird gebilligt.
3. Dieser Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft.

Hinweis: Die in der Vorlage enthaltenen Pläne dienen lediglich der Information. Maßgebend ist der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses im Sitzungssaal ausgehängte Plan.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

11.7 Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Be-

**lange zum Bebauungsplan mit dem Titel Änderungsplan Nr. 150 A
„Ehemaliges Gasgerätewerk Hermann-Köhl-Straße“ eingegangenen
Stellungnahmen
Vorlage: BV/222/2015/VI-61**

Die Beschlussvorlage wurde als Tagesordnungspunkt 11.6 behandelt.

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung und der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB zum Bebauungsplan mit dem Titel Änderungsplan Nr. 150 A „Ehemaliges Gasgerätewerk Hermann-Köhl-Straße“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Nachbargemeinden, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**11.8 Beschluss der Richtlinie zur Vergabe von Beihilfen an private Denkmaleigentümer
Vorlage: BV/272/2015/VI-61**

Der Stadtrat beschließt die im Anhang beigefügte Richtlinie zur Vergabe von Beihilfen an private Denkmaleigentümer.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**11.9 Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite"/Erschließungsvertrag
Vorlage: BV/312/2015/VI-61**

Der in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage enthaltene Entwurf des Erschließungsvertrages im Sinne des § 11 Absatz 1 Nr. 1 BauGB zur Umsetzung des am 27. April 2013 in Kraft getretenen Bebauungsplanes Nr. 125 „Große Lobenbreite“ wird gebilligt. Dem Vertragsabschluss zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und dem Erschließungsträger, die Fa. Diringer & Scheidel Wohn- und Gewerbebau GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**11.10 Energiepolitisches Arbeitsprogramm
Vorlage: BV/248/2015/VI-83**

1. Der European Energy Award-Bericht wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).

2. Dem im Rahmen des European Energy Awards erstellten Energiepolitischen Arbeitsprogramm wird zugestimmt (Anlage 2, Anhang 2). Die Umsetzung einzelner Maßnahmen, soweit sie mit Ausgaben verbunden sind, steht unter dem Vorbehalt der jährlichen Etat- und Konsolidierungsbeschlüsse des Rates (Finanzierungsvorbehalt). Dieser Beschluss ersetzt nicht die erforderlichen Beschlüsse zu den Einzelmaßnahmen, sofern diese notwendig sind. Es handelt sich hier um eine Interessenbekundung.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

11.11 Maßnahmebeschluss für den Ersatzneubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Gymnasium "Walter-Gropius"
Vorlage: BV/350/2015/CDU

1. Der Ersatzneubau einer Zweifeldsporthalle (einschließlich Ausstattung und Neugestaltung des Außensportplatzes) für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Gymnasium „Walter Gropius“ wird beschlossen.
2. Entsprechend des Projektauftrufes des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" wird die Stadt Dessau-Roßlau einen Förderantrag einreichen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

14 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 21.02 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 27.11.15

